

deutschrapmetoo - Wird Hip Hop jetzt feministisch?

von Sani Meier

Nachdem Nika Irani dieses Jahr auf Instagram ihr Vergewaltigungsouting gegen den Rapper Samra öffentlich gemacht hat, ist in der deutschen Hip-Hop-Szene eine längst überfällige Debatte über sexualisierte Gewalt ausgebrochen, die so viel Aufmerksamkeit und Kontroversen erregt, wie nie zuvor. Mittlerweile äußern sich immer mehr Frauen mit ähnlichen Erfahrungen, sodass sich bereits nach kurzer Zeit die Initiative „deutschrapmetoo“ gründete, welche die Berichte Betroffener veröffentlicht und sie bei der Aufarbeitung unterstützt. Es zeichnet sich mittlerweile ab, wie tief verankert sexualisierte Gewalt gegen Fans und Kolleginnen ist, aber auch, wie effektiv Täter durch Managements und Labels geschützt werden. Während viele Künstler vor allem damit beschäftigt sind, Samras Unschuld zu verteidigen, wird innerhalb der Szene darüber diskutiert, wie es überhaupt so weit kommen konnte: Sind sexistische und gewaltverherrlichende Texte das Problem, Plattenlabels und Managements, die diese tolerieren oder ist Gewalt am Ende einfach Teil der Hip-Hop-Kultur?

Nikas Entscheidung, sich offen zu diesem bisher tabuisierten Thema zu positionieren, ist extrem mutig und hat weitreichende Folgen mit sich gebracht. Während sie nun von Samras Anwalt_Innen verklagt und von seinen Fans auf der Straße beleidigt und geschlagen wird, muss sie sich fast täglich Diffamierungsversuchen entgegenstellen, die ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellen sollen. Sei dies aufgrund der Tatsache, dass sie als Erotikmodel tätig ist und damit für viele Menschen gar nicht erst in der Lage sei, sexuelle Gewalt zu erfahren, oder aber, weil sie aus Misstrauen gegenüber der Polizei und Justiz zu Beginn auf einen Strafprozess verzichten wollte. Dass in Deutschland von 100 Vergewaltigungen im Schnitt nur 1 zu einer Verurteilung führt und dieser Prozess für Betroffene extrem retraumatisierend sein kann, wird dabei gerne ignoriert. Diese Reaktionen

sind leider nicht überraschend und spiegeln wider welchen Widerständen Betroffene von sexuellen Übergriffen häufig ausgesetzt sind – vor allem wenn sie gegen weitaus mächtigere Täter aussagen.

Gleichzeitig hat sie damit aber auch den Startschuss für eine Debatte gegeben, die den Diskurs über Sexismus innerhalb der Szene neu bestimmen könnte. Übergriffe öffentlich zu machen, ist ein sinnvoller und oft notwendiger erster Schritt. Auch muss sich an den Machtstrukturen innerhalb der Musikindustrie einiges ändern, sodass sexistische und übergriffige Künstler in der Zukunft keine Bühne mehr bekommen und ihre Managements sie nicht weiter schützen können. Gleichzeitig ist es aber unbedingt notwendig, zu erkennen, dass Sexismus und sexualisierte Gewalt keine Probleme der Hip-Hop-Szene an sich sind, sondern strukturelle Unterdrückungsmechanismen, die wir ebenso in jedem anderen Bereich unserer Gesellschaft wiederfinden und bekämpfen müssen.

Die Unterdrückung von Frauen entspringt der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus, nach der Frauen sich vor allem der unbezahlten Reproduktionsarbeit im Rahmen der Familie widmen sollen (Kindererziehung, Kochen, Putzen, emotionale Fürsorge etc.), damit den Kapitalist_Innen immer genug Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und die Lohnkosten möglichst gering gehalten werden können, da diese Arbeit im Privaten nicht entlohnt wird. Der daraus resultierende Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und die finanzielle Abhängigkeit von Männern haben ein Unterdrückungsverhältnis etabliert, das sich bis heute aufrechterhält und auch im Deutschrapp gewaltvoll reproduziert. Dementsprechend wird sich dieses auch nicht auflösen, wenn allein mehr Frauen im Vorstand von Labels wie Universal sitzen oder Lyrics weniger sexistisch sind. Narrative, die dieses Problem allein auf die Hip-Hop-Szene begrenzen, reproduzieren letztendlich rassistische und klassistische Klischees, da sie meist migrantische und nicht-akademische Künstler zum Hauptakteur der Gewalt erklären, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren, durch welche sie sozialisiert wurden und welche Frauenhass kommerziell rentabel machen. Victim Blaming oder fehlendes Einfordern von aktivem Konsens (Ja heißt Ja) sind Probleme, die sich durch alle Schichten

unserer Gesellschaft ziehen und z.B. durch Medien wie kommerzielle Pornographie oder reaktionäre Sexualerziehung tief in ihr verankert sind. Auch ist es eben kein Zufall, dass sexistische Texte von den Fans gefeiert werden, wenn sie im Endeffekt (häufig überspitzt) die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln, die im Kapitalismus unsere Vorstellung von Geschlecht und Sex prägen. Um die eben erklärte Hierarchie zu festigen, hilft es natürlich, wenn Männer sich mit dominanten und mächtigen Stereotypen identifizieren. Dieses Phänomen hat aber nicht Hip Hop oder die Kultur an sich erfunden, sondern die kapitalistische Klassengesellschaft und die sogenannte „rape culture“ existierte auch schon vor frauenverachtender Musik – auch wenn wir es unter keinen Umständen abstreiten, dass diese die Entwicklung von v.a. Jugendlichen negativ beeinflussen und sexistische Vorurteile manifestieren kann. Um ein Gegengewicht dazu zu etablieren, könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung hier bereits in den Schulen gemacht werden, z.B. durch umfassende Aufklärung über Strukturen und Ursachen sexueller Gewalt und die Integration von Konsens-Workshops in den Sexualkundeunterricht.

Dass Hip Hop wieder zu seinen Ursprüngen als Sprachrohr gesellschaftlich unterdrückter Gruppen zurückkehrt, ist eine Forderung, die nicht isoliert vom Rest der Gesellschaft und vom kapitalistischen System realisiert werden kann. Solange der Markt vom Profit kontrolliert wird und Kapitalist_Innen auf diesen angewiesen sind, wird Gewalt gegen Frauen und andere Unterdrückte weiter rentabel bleiben und deshalb auch nicht aufhören. Da dieses System nicht nur Frauen unterdrückt, sondern auch alle Menschen jenseits der heteronormativen und binären Geschlechterordnung, xMigrant_Innen, Arbeiter_Innen, Jugendliche u.v.m., ist es notwendig, unsere Kämpfe zu verbinden und dieses System an seiner Wurzel zu bekämpfen. Nur eine Bewegung, die den Kapitalismus selbst angreift, kann diese Unterdrückung wirklich überwinden.

Lasst uns also gemeinsam kämpfen für eine Welt, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist und in der wir Kunst, wie die Musik, selbst aktiv mitgestalten und organisieren, anstatt sie dem Einfluss einiger weniger Konzerne zu überlassen! Für eine Sexualerziehung, die alle mit einschließt,

safe spaces ermöglicht und nach den Bedürfnissen der Jugendlichen gestaltet wird! Für eine Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen & andere Unterdrückte bekämpft und nicht vermarktet wird!

Squid Game und Generalstreik in Südkorea

Jetzt fragt ihr euch sicher, was das eine mit dem anderen zu tun hat. Immerhin ist die neue populäre Netflix-Serie Squid Game ja eine Serie über 456 Personen, die um ein hohes Preisgeld zu gewinnen an tödlichen Kinderspielen teilnehmen. Was hat das also mit Streiks in dem Land, in dem die Serie spielt, zu tun?

Die Serie und ihre Auswirkungen

In der Serie werden nicht irgendwelche Menschen dargestellt. Es handelt sich um bei Immobilienhaien hoch verschuldete, illegale (Arbeits-)migrant_Innen, Arbeiter_Innen, die sich mit Teilzeitjobs durchschlagen müssen, Menschen die ihre Familien nicht ernähren können, u.s.w. Die ganzen sozialen Missstände des Kapitalismus werden sehr deutlich dargestellt. Außerdem wird in einer Folge auch das Trauma des Hauptdarstellers an einen blutigen Arbeitskampf in einer Auto-Fabrik, in der er Jahrzehnte arbeitete, bevor er und seine Kollegen einfach entlassen wurden, thematisiert. Bei anderen Charakteren wird aber auch erzwungene Kriminalität und Prostitution angesprochen. Letzten Endes zeigt diese Serie auf, dass man als einfache/r Arbeiter/in in diesem System gefangen ist, und sogar um sein eigenes Leben spielen muss, nur um sich durch kämpfen zu können. Da die Serie im Gegensatz zu vielen anderen koreanischen Serien über solche Themen international sehr bekannt geworden ist, und viele Menschen sie gesehen haben, konnte sie etwas in den Köpfen von ihnen auslösen. Beispielsweise der von der Polizei blutig zusammen geschlagene

Automobilstreik hatte so 2009 tatsächlich stattgefunden, dabei sind auch einige Arbeiter_Innen gestorben und tausende verloren ihren Job. Die ehemaligen Angestellten spüren zurecht nun ihre Wut und ihren Frust wieder aufflammen. Aber nicht nur sie. In Folge der Serie kam es zu Massenstreiks in ganz Südkorea, vor allem in der Hauptstadt Seoul, wo sich die Streikenden als Charaktere von Squid Game verkleideten. Zu dem Streik, der in rund 13 Städten stattfand, rief der koreanische Gewerkschaftsbund auf, der etwa 80 000 Mitglieder hat. Der Streik ging einen Tag und 550 000 Menschen legten die Arbeit nieder, sogar Schulen wurden geschlossen, weil sich auch Kantinen-Mitarbeiter_Innen anschlossen. Die Hauptforderung war vor allem Arbeitsplatzsicherheit und Kündigungsschutz, da in Südkorea mehr als 40 Prozent aller Arbeiter_Innen „irreguläre Arbeiter_Innen“ sind. Weitere wichtige Forderungen des Generalstreiks waren höhere Löhne und die Anhebung des Mindestlohnes, also ganz einfache Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen.

Südkorea im Kapitalismus

Südkorea ist ein Land, was wir als Halbkolonie bezeichnen würden. Nachdem Kolonialismus kam es in Korea zum Koreakrieg. Ein Krieg der mit der Teilung des Landes in das stalinistische Nordkorea und das kapitalistische Südkorea endete. Dieser Krieg ist bis heute nicht geklärt, es gab nie einen Friedensvertrag, sondern bisher nur einen Waffenstillstand. Während dessen entwickelte sich Südkorea in vollkommener wirtschaftlicher Abhängigkeit von den imperialistischen USA, die dort schon den Krieg für den Kapitalismus mitgeführt hatten. Südkorea war lange verschuldet beim IWF, hatte dies jedoch irgendwann abgezahlt, unter anderem durch Kürzungen bei den Sozialausgaben. Trotz dessen, dass sie ein ziemlich großes BIP haben (für ein halbkoloniales Land), und sie auch eigene Märkte bedienen, ist der Reichtum sehr ungleich verteilt

Als halbkoloniales Land hat Südkorea deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen als imperialistische Staaten. 44,6 Stunden Wochen, über 40 Prozent irreguläre Beschäftigung, viele Menschen mit Teilzeitjobs, u.s.w. Außerdem gibt es eine extrem hohe Altersarmut, und gerade in den Krisenjahren seit 2008/09 sind die Menschen unterhalb der Armutsgrenze

und Verschuldung immer mehr geworden. Der Mindestlohn beträgt umgerechnet etwa 6 Euro. So leiden viele Arbeiter_Innen sehr unter diesem System. Aber auch die Jugend Südkoreas leidet darunter. Eltern arbeiten in mehreren Teilzeitjobs oder Vollzeitwochen, und haben keine Zeit für sie. In südkoreanischen Schulen gibt es enormen Leistungsdruck, und teilweisen militärische Disziplin und Unterordnung. Auch Frauen leiden unter der Doppelbelastung von Job und Haushalt umso mehr. Außerdem bekommen viele Frauen eine so niedrige Rente, dass sie sich im Alter prostituieren müssen, und das sind keine Einzelfälle. Migrantische Leiharbeiter_Innen oder Geflüchtete aus Nordkorea, die auch in Squid Game thematisiert werden, arbeiten oft schwarz, bekommen ihr Geld nicht, haben keinen rechtlichen Schutz und rutschen so letztendlich in die Kriminalität. So ist es ziemlich verständlich, dass sich so viele Menschen den Streiks und Protesten anschlossen.

Coronaschutz und Repression

In Südkorea gibt es momentan eine sehr strenge Coronapolitik. Im Großraum Seoul sind daher momentan eigentlich alle Versammlungen verboten. So rief der Präsident den Gewerkschaftsverbund auch dazu auf keine Demonstrationen in Seoul durch zu führen. Trotz des Verbots streikten allein in Seoul 27 000 Menschen, natürlich unter strengen Hygieneregeln. Dies war auch notwendig, damit die Streiks die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen. Auch nicht in einer Pandemie sollten Versammlungsrechte aufgehoben werden. Aber bei der Masse an Streikenden ist eigentlich klar, dass es nicht nur um Infektionsschutz geht, sondern auch darum ihren Protest zu kriminalisieren.

Was muss in Zukunft getan werden?

Wie können die Streiks siegen? Natürlich reicht es nicht, wie gerade, nur einen Tag zu streiken. Der Streik muss solange fortgeführt werden, bis alle Forderungen nach der Verbesserung der Lage der Arbeiter_Innen umgesetzt wurden. Aber auch das reicht noch nicht aus. Viele erkennen zu Recht das Problem dahinter im Kapitalismus. Aber man sollte keine Illusionen in die Reformierbarkeit dessen haben. Die Niederschlagung des Streiks in der

Automobilfabrik zeigt das nur zu gut. Der Kapitalismus muss letztendlich als System überwunden werden, wenn man wirklich Verbesserungen erkämpfen will, denn es sind die Funktionsweisen des Kapitalismus die all diese Probleme, wie die hohe Verschuldung und Armut, immer wieder erzeugen. Da Kapitalismus darauf beruht, dass einige wenige besitzend sind, und die Masse an Menschen und ihre Arbeitskraft ausbeuten müssen, um sich gegen die Konkurrenz zu halten. Das passiert auch international, weshalb imperialistische Konzerne z.B. in den USA oder Deutschland Menschen in Halbkolonien, wie Südkorea, noch extremer ausbeuten. Das erklärt auch die schlechten Arbeitsbedingungen und Sozialsysteme in Südkorea und anderen Ländern. Daher kann man im Kapitalismus keine größeren Reformen erwarten.

Deswegen fordern wir:

- Weiterführung des Generalstreiks um wirtschaftlichen Druck auszuüben, und Verbesserungen zu erkämpfen
- Langfristig eine Revolution gegen den südkoreanischen Kapitalismus, und den internationalen Kapitalismus
- Einrichtungen von Streikkomitees mit eigenen Streikkassen, um die Streiks weiter zu koordinieren, sollte der Gewerkschaftsverbund einen Rückzieher machen
- Aufbau von organisierter Selbstverteidigung auf der Straße, wenn es zu Repressionen durch Polizei und Militär kommen sollte

Wovor schützt eigentlich der Jugendschutz?

Von Flo Schwerdtfeger

Das fragt man sich nachts, wenn man beim Fernsehen gekonnt die Warnung

„Dieser Film ist für Zuschauer_Innen unter 16 Jahren nicht geeignet“ ignoriert oder sich im Internet einen Geburtstag in den 70ern erfindet.

Zumindest was die indirekte Kontrolle des Jugendschutzes angeht, sind die Jugendlichen meist schlauer als der Mechanismus, der sie schützen soll. Schwieriger wird es da, Schnaps zu kaufen mit dem extra unrasierten Gesicht, um älter zu wirken. Natürlich sofern die Person an der Kasse keine Brille trägt.

All das regelt in Deutschland der Jugendschutz: die Abgabe von Alkohol und Tabak, der Zugang zu Filmen, Spielen oder Gaststätten. Doch jede/r, der/die schonmal jugendlich war, weiß, dass man bei Bedarf trotzdem an alles rankommt. Warum sollten wir dennoch darüber reden und wie kann er sinnvoller gestaltet werden?

Denn an sich kann man erstmal die Intention des Jugendschutzes nachvollziehen. Es gibt einige Bereiche, in denen es einen ziemlich eindeutigen Zusammenhang zwischen Alter und Schädlichkeit gibt. Beispiele sind da Tabak und Alkohol, bei denen es direkt an die biologische Entwicklung des Menschen gekoppelt ist. Man soll eben seinen Körper während der Entwicklung nicht kaputt machen. Darauf erst einmal einen guten Schluck Cola!

Im Gegensatz dazu stehen Filme und Videospiele. Diese schaden weniger der Körperentwicklung, können sich dafür aber auf die Psyche auswirken. Egal ob die Betroffenen nicht mehr einschlafen können oder es einfach ohne Probleme an ihnen vorbeigeht – es macht erstmal Sinn, nicht die derbsten Splatter-Filme mit 11 anzuschauen.

Wo hakt's am momentanen Jugendschutz?

Eines der größten Probleme ist, dass er holzschnittartig funktioniert: Er richtet sich nicht an den/die Konsument_In als Individuum. Das ist bei Filmen und Spielen schwer zu verstehen. Es gelten ja die gewöhnlichen Abstufungen von 0, 6, 12,

16 und 18 Jahren. Besonders aber mit der eigenen Entwicklung kann man selbst besser einschätzen, was man konsumieren möchte, ohne davon verstört zu werden. Wer kennt nicht den Versuch, die Eltern zu überreden, diesen einen Film oder das eine Game zu kaufen, obwohl man noch gar nicht alt genug ist. Im Zweifelsfall macht man es dann halt einfach geheim. Doch Verbote verhindern es zusätzlich, sich beispielsweise mit den Eltern darüber zu unterhalten, weil man damit zugeben würde, etwas Verbotenes getan zu haben. Falls es einen doch überfordert, hat man also keinen Support und zur Verstörung gesellen sich noch Scham, Angst und Entfremdung.

Interessanterweise hat der Kapitalismus bei anderen Sachen gar nicht so ein großes Problem, Jugendliche zu schädigen. Wenn es zum Beispiels um's Arbeitsrecht geht, gibt es tatsächlich zu wenig Jugendschutz: Schutz nämlich vor Ausbeutung, wenn man in Ausbildung, Praktikum, FSJ und generell unter 18 keinen Mindestlohn bekommt und für den arschigen Chef die Drecksarbeit machen muss. Das kann einem mehr zu schaffen machen als der krankeste Shooter. Und ironischerweise darf man bei der Bundeswehr schon mit 17 Schießen lernen, bei Call of Duty Schießenspielen gibt's erst ab 18!

Wie könnte man es besser machen?

Jugendschutz scheint einen richtigen Punkt zu haben. Erstmal sollte das zuständige Gremium verändert werden. Es besteht derzeit aus Vertreter_Innen von Kunst, Kultur und Medien, aber auch mehreren Religionsvertreter_Innen.

Unterrepräsentiert sind dabei Jugendliche selbst, die nur indirekt über die Kategorien der öffentlichen oder freien Jugendhilfe dabei sind. Wenn man aber über Jugendschutz bestimmen möchte, dann nur mit Jugendlichen gemeinsam. Alles andere endet nur in den weltfremden und konservativen Regeln, die wir jetzt haben.

Nur weil ein Alter draufsteht, heißt es nicht, dass es für alle darunter total schlimm ist und für alle darüber total unproblematisch. Und ohnehin nehmen

die meisten Jugendliche das höchstens als gutgemeinten Rat. Dementsprechend müssten die festen Altersgrenzen abgeschafft werden oder zumindest stark zurückgeschnitten werden. Beim Rest bräuchte es Eigenverantwortung und die Befähigung dazu. Das bedeutet auch, zu wissen, worauf man sich einlässt, also primär Aufklärung fernab der Dämonisierung. Es kann aber auch heißen, das Konzept der „Trigger-Warnung“ massiv auszuweiten, welches vor dem Zugriff auf ein Medium spezifische Aspekte mit Zeitstempel benennt, die potenziell (re-)traumatisierend sein könnten. Je nachdem, ob man sich der Sache gewachsen fühlt, kann man sich dann selbst entscheiden.

Ob mit oder ohne Verbote kann es passieren, dass man sich etwas gibt, was man nicht erträgt oder einordnen kann. Sich Support zu suchen oder Support anzubieten, ist da die eigentliche Lösung, anstatt zu tabuisieren. Wenn man als Erwachsener für Kinder und Jugendliche verantwortlich ist, sollte man sowohl bezüglich deren psychischer Verfassung als auch der konsumierten Medien achtsam und offen bleiben und beim Finden von Grenzen beistehen.

Der Jugendschutz sollte vollkommen neu gedacht und gemacht werden. Er setzt bislang vor allem auf Bevormundung und Verbote, statt auf Eigenverantwortung der Konsument_Innen. Das soll ein Ende haben!

#freepablohasél - Warum der Spanische Staat es mit der

Meinungsfreiheit nicht ganz so genau nimmt...

Von Christian Mayer

Am Dienstag, den 16.02.2021, wurde in der katalanischen Stadt Lleida der linke Rapper Pablo Hasél festgenommen, nachdem gegen ihn ein Haftbefehl wegen „Majestätsbeleidigung, Verunglimpfung der Verfassungsinstitutionen“ sowie angebliche „Terrorpropaganda“ erlassen wurde. Für einige Tweets, die er abgesetzt haben soll, in denen er u.a. die Guardia Civil für ihre Folterpraktiken kritisierte und den ehemaligen spanischen König Juan Carlos I. als Mafiaboss bezeichnete, soll er nun neun Monate im Knast sitzen.

Hintergrund

Hasél hat mit seiner Kritik nicht ganz unrecht, sowohl im Bezug auf die Folterpraktiken der Guardia Civil, die eine paramilitärische Gendarmerie-Einheit ist, als auch auf seine Kritik am spanischen ex-König Juan Carlos I.

Erstere

genannte Gruppierung ist vor allem durch ihr brutales Vorgehen im spanischen Bürgerkrieg von 1936 – 1939 bekannt, in der sie als willige Erfüllungsgehilf_Innen Franco die Widerstände niederschlug (von Andalusien aus kommend über die Landesmitte bis in die östlichen Provinzen Valencia und Katalonien sowie in den nördlichen Provinzen Navarra, Baskenland, Asturien und Galicien). Neben der tatkräftigen Unterstützung italienischer Bodentruppen und der „Legion Condor“ der deutschen Wehrmacht war die Guardia Civil der entscheidende militärische Faktor für Francos Siegeszug.

Später, während des spanischen Faschismus, war die Guardia Civil vor allem für den Terror gegenüber den Minderheiten in den „abtrünnigen“ Provinzen Katalonien, Baskenland und Galicien zuständig. Ihre Aufgabe in der Gegenwart besteht darin, Flüchtlinge in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika abzuwehren, in der „Aufstands- und

Terrorismusbekämpfung“, sowie in der allgemeinen „Grenzsicherung“ (sowohl an den Landesgrenzen wie auch an Flughäfen bzw. im Dienste von Frontex). Die von Hasél und anderen Gegner_Innen der Guardia Civil erhobenen Foltervorwürfe sind dabei nicht aus der Luft gegriffen, wie schon u.a. der EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) in verschiedenen Gerichtsurteilen bestätigt hat. Dass diese allerdings nicht weiter geahndet werden liegt daran, dass sich der Spanische Staat bis heute konsequent weigert, die Antifolterkonvention der EU zu unterschreiben und umzusetzen.

Meinungsfreiheit?

Vor dem kurz dargestellten Hintergrund ist es also wenig verwunderlich, dass die Policia National Pablo Hasél mit einem Großaufgebot auf dem Campus der Uni von Lleida festnehmen ließ, schließlich ist er ja „gefährlich“, zumindest für die Repressionsorgane des Spanischen Staates.

Gerade die absurden Gesetze gegen angebliche „Majestätsbeleidigung“ und die extrem harten „Anti-Terrorgesetze“, die vorwiegend vor dem Hintergrund des Konflikts mit der baskischen Organisation E.T.A. (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) erlassen wurden, um in paranoider Art alles, was auch nur im Ansatz nach Unterstützung dieser Gruppierung aussah, zu verbieten und massenhaft baskische Linke zu kriminalisieren und einzusperren, spielen eine wichtige Rolle. Sie zeigen recht deutlich, dass es mit der Meinungsfreiheit in der viertgrößten Volkswirtschaft der EU nicht arg weit her ist. Die Verhaftung Haséls erfolgte dann unter dem begeisterten Jubel von pro-spanischen Aktivist_Innen der neurechten Partei „Vox“, die sich selbst in bester Tradition der „Falange Espanola“ sehen, also jener Partei, die unter Franco Staatspartei war.

Auch

im Bezug auf den ex-König Juan Carlos I. hat Hasél nicht unrecht, da dieser Steuergelder im großen Stil veruntreut hat und durch einen dubiosen Deal mit dem saudi-arabischen Königshaus für den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke von Mekka nach Medina Bestechungsgelder von seinem saudischen Amtskollegen in Höhe von Umgerechnet 100 Mio.

Euro annahm.

Das allein sorgte schon für einen medialen Aufschrei der selbst sonst so königstreuen PP (Partido Popular, Volkspartei und offizielle Nachfolgepartei der „Falange Espanola“(Francos Staatspartei)) dazu veranlasste, von eben jenem König abzurücken. Für Juan Carlos I. endete diese Angelegenheit schließlich neben ein paar anderen Gründen im Rücktritt von seinem Amt und der Übergabe an seinen Sohn, Felipe VI., der seit 2015 König ist. Doch damit nicht genug kam vor nicht allzu langer Zeit heraus, dass eben jener Felipe von seinem Vater als Erbe einer Tarnstiftung eingesetzt wurde, die den 100 Millionen-Deal verdecken sollte. Doch dem Sohn gefiel das gar nicht und er lehnte dieses Erbe öffentlichkeitswirksam ab.

Nebeneffekt:

Die spanische Antikorrupsionsstaatsanwaltschaft darf sich seither mit diesem Fall befassen. Ob der ex-König jedoch angeklagt wird, ist mehr als fraglich, nicht nur wegen seines Alters, sondern weil man es sich rein aus Imagegründen nicht leisten kann, ein ehemaliges Staatsoberhaupt einzubuchten (auch wenn der König in erster Linie rein repräsentative Aufgaben hat, wie etwa der deutsche Bundespräsident).

Doch

zurück zu Hasél. Dass dieser nun für das Aussprechen von einer simplen Tatsache eingeknastet werden soll, zeigt, dass die spanische Justiz nicht nur wie die Justiz eines jeden bürgerlichen Staates recht willkürlich vorgeht. Es geht viel mehr darum, eine weitere linke, kritische Stimme verstummen zu lassen und soll damit die gesamte spanische Linke einschüchtern.

Widerstand

Dass die Justiz in einem bürgerlichen Staat immer die Interessen der herrschenden Klasse vertritt und warum sie das tut, haben wir schon in anderen Artikeln dargelegt. Diese Klassenjustiz stützt aber nicht nur die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse, sondern sorgt auch für eine

härtere Bestrafung linker, kritischer Kräfte durch die gleichen Gesetze (in dem Sinne, dass Gesetze unterschiedlich ausgelegt werden können). Generell geht es darum linke, insbesondere antikapitalistische und antibürgerliche Kritik zu kriminalisieren, um die bürgerliche Ideologie aufrecht zu erhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass Pablo Hasél 2014 schon einmal, für einen Song über die Grapo (Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre), zu 2 Jahren Haft verurteilt wurde. Spanien hat dafür sogar ein extra Gesetz „zur Sicherheit der Bürger“, im Volksmund auch „Knebel- und Maulkorbgesetz“ genannt. Im bürgerlichen Spanien gibt es einige Gründe, weshalb die Gesetze so extrem sind. Einerseits natürlich die allgemeine Klassenjustiz, hinzu kommt das Erbe, auch gesetzlich, der Franco-Diktatur, die nur durch seinen Tod und nicht durch einen Sturz des Faschismus beendet wurde. Im Falle des Spanischen Staates kommt hier allerdings dann noch hinzu, dass es es hier auch darum geht, die Einheit des Zentralstaates zu bewahren, und die Unabhängigkeitsbestrebungen z.B. im Baskenland und Katalonien zu unterdrücken. Dies zeigten nicht zuletzt die Ereignisse rund um das als „illegal“ eingestufte Unabhängigkeitsreferendum Kataloniens im Jahre 2017. Damals wurde mit brutalen Mitteln versucht, eben jenes Referendum zu verhindern, in dem z.B. Menschen, die an diesem Referendum teilnehmen wollten, von Einheiten der Policia National zusammengeschlagen und die Wahllokale teilweise gestürmt und verwüstet wurden.

Unsere

Position zur Unabhängigkeitsfrage wollen wir an dieser Stelle nochmals kurz darstellen:

„Diese wirtschaftlich stärkste Region (Katalonien, Anm. d. Autors) des krisengeschüttelten Spanischen Staates führte im siebten Jahr der erbitterten Kürzungspolitik ein Referendum über die Abtrennung zur Errichtung eines unabhängigen Kataloniens durch. Trotz des Verbotes durch die staatlichen Repressionsorgane nahmen 2,3 Millionen Katalan_Innen am Referendum teil und stimmten mit ca. 80% für ein unabhängiges Katalonien. Obwohl REVOLUTION keine Illusionen in ein unabhängiges kapitalistisches Katalonien hat, stellen wir uns gegen die anti-katalonische und

kleinbürgerliche Haltung der spanischen Linken und unterstützen das Selbstbestimmungsrecht der Katalan_Innen, welche insbesondere während der faschistischen Diktatur Francos brutal unterdrückt wurden. Wie in Schottland ist jedoch von der Abspaltung keine Verbesserung für die Arbeiter_Innenschaft zu erwarten, stattdessen treibt sie einen Keil zwischen die spanischen Werktätigen.“ (aus: <http://onesolutionrevolution.de/revolution-und-die-nationale-frage/>)

Trotzdem

ist der Widerstand, wie nun im Falle des Katalanen Hasél, gerechtfertigt. Gerade, weil es nicht nur um die Unterdrückung von nationalen Minderheiten geht, sondern auch um das grundlegende Recht auf Meinungsfreiheit, sind die Proteste dieses Mal auf das ganze Land verteilt. Selbst in der Hauptstadt Madrid, die sonst nicht unbedingt dafür bekannt ist, sich mit der katalanischen Bewegung oder der von anderen Minderheiten (Bask_Innen, Galicier_Innen) zu solidarisieren gegen die reaktionäre Hetze seitens Vox und anderer Rechter, gingen deshalb Menschen auf die Straße.

Das zeigt, dass es durchaus möglich ist, endlich die Spaltung der spanischen Linken nicht nur anhand der Frage von Minderheiten und deren Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch anhand anderer Fragen, zu überwinden und den Kampf gegen den spanischen Staat und seine verbrecherischen Institutionen zu koordinieren und schlagkräftig werden zu lassen. Nichts desto trotz bleibt aber noch ein weiter Weg zu gehen, um dies zu verdeutlichen und die Notwendigkeit zu verdeutlichen eine neue, revolutionäre Organisation aufzubauen, die alle von Unterdrückung Betroffenen organisiert und den Kampf für demokratische Rechte (wie die freie, politische Meinungsäußerung) und gegen Sexismus, Patriarchat, Rassismus, nationale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung, auf der Grundlage eines Programms, das den Weg hin zur Revolution zeigt, führt.

Cardi B & Co. - Sex Sells oder sexuelle Befreiung?

Von Sani Meier

Einer der erfolgreichsten Hip-Hop-Songs im Jahre 2020 war auch einer der am meist diskutierten, sodass, als letzten August "WAP" ("Wet Ass Pussy") von Cardi B & Megan Thee Stallion erschien, die Welt der Popkultur kurz stillstand. Während der Song in sozialen Medien wie TikTok direkt viral ging und sich wochenlang an der Spitze der internationalen Charts hielt, löste die explizite, sexpositive (= Bejahung einvernehmlicher Sexualität in all ihren Formen) Message innerhalb der Hiphop-Szene und der US-amerikanischen Politik eine hitzige Debatte aus. Gestritten wird darüber, ab wann offene, weibliche Sexualität vulgär und moralisch verwerflich ist. Wir gehen in diesem Artikel der Frage nach, warum diese Thematik überhaupt so kontrovers ist und welche Perspektiven Künstlerinnen wie Cardi B & Co. für eine befreite Sexualität von Frauen bieten.

„WAP“ ist sicherlich nicht der erste Song seiner Art, sondern steht in einer Tradition sexpositiven weiblichen Hiphops von Künstlerinnen wie u.a. Lil Kim, Missy Elliott, Trina oder Nicky Minaj. Ihre Songs stehen dafür, dass Frauen Sex haben können, wann und wie sie wollen und dabei ihr eigenes Vergnügen im Zentrum steht. Eine Perspektive, die in unserer patriarchalen Gesellschaft üblicherweise tabuisiert und beschämt wird, vor allem wenn sie von Frauen selbst aufgeworfen und gelebt wird. Das wird vor allem daran deutlich, dass männliche Künstler völlig ungehemmt über ihre Sexualität reden können, selbst wenn ihre Inhalte dabei Gewalt gegen Frauen verherrlichen. Deutschrapper wie die „187 Straßenbande“ beispielsweise sprechen in ihren Texten davon, Frauen mit K.O.-Tropfen zu betäuben, um sie später zu vergewaltigen und werden dafür höchstens aus feministischen Kreisen

kritisiert. Währenddessen brechen sie Spotify-Rekorde und profitieren somit materiell von der sexuellen Unterdrückung von Frauen. Es macht also offensichtlich einen Unterschied, wer über Sexualität sprechen darf- Warum ist das so?

Weibliche Sexualität wird in unserer Gesellschaft stark reglementiert und unsichtbar gemacht. Um zu verstehen, warum das so ist und wer davon profitiert, müssen wir zu den Ursprüngen des Patriarchats zurückgehen. Kurz zusammengefasst lässt sich historisch eine gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen ab dem Zeitpunkt nachweisen, an dem Menschen anfangen, sesshaft zu werden und Privateigentum zu besitzen. Ab diesem Zeitpunkt spielte also auch die Vererbung genau dieses Eigentums eine wichtige Rolle und dies geschah meist über die Erblinie des Vaters. Um eine korrekte Vererbung zu gewährleisten, musste also eindeutig nachweisbar sein, welche Kinder zu welchem Vater gehörten. Ohne moderne Techniken der Vaterschaftstests oder ähnlichem bedeutete dies die Einführung der Monogamie- für Frauen. Nur wenn es sicher war, dass Frauen nur mit ihren Männern Sex hatten, war eine Vaterschaft eindeutig nachweisbar. Was ihre Männer währenddessen machten, wurde erst deutlich später relevant. Es gab also eine materielle Notwendigkeit dafür, dass Frauen ihre Sexualität nicht mehr frei auslebten, sondern einzig auf ihren Partner oder Ehemann beschränkten. Dass ihre Bedürfnisse möglicherweise ganz andere waren, musste negiert und unterdrückt werden. Die Auswirkungen dessen spüren wir noch heute: Weibliche Körper werden von klein auf durch Politik, Gesetze und kulturelle oder religiöse Vorstellungen fremdbestimmt. Frauen wird angetragen, sich für ihre Sexualität und Körper zu schämen, ihre „Reize“ zu zügeln. Abweichendes Verhalten wird moralisch abgewertet, was sich unter anderem daran zeigt, dass ein Großteil aller sexistischen Beleidigungen für Frauen auf ihre ungehemmte Sexualität abzielt. Diese Vorstellungen sind oft so verinnerlicht, dass sich Frauen dahingehend selbst und gegenseitig überwachen.

Aber nicht nur vor einigen Jahrtausenden, sondern auch heute noch ist genau diese Kontrolle im Interesse des kapitalistischen Systems: Indem aus Frauen sexuell passive Wesen gemacht werden, lassen sie sich besser kontrollieren und fügen sich einfacher in ihre zugeteilte gesellschaftliche Funktion der Reproduktion ein. Im Rahmen der bürgerlichen Kleinfamilie sollen sie im besten Fall möglichst viele Kinder kriegen und Fürsorge für andere leisten. Für sexuelle Selbstverwirklichung bleibt da kein Platz. Sex wird als Aktivität erlebt, die den eigenen Körper zwar involviert, aber dem eigenen Vergnügen wenig bis keinen Stellenwert einräumt. An der aktuellen Kontroverse zeigen sich zusätzlich auch rassistische Aspekte, denn vor allem schwarze Frauen sind stark eingeschränkt in den Möglichkeiten ihrer sexuellen Selbstbestimmung. Besonders ihre Darstellung in pornographischen Filmen hat einen Stereotyp der „ungezügelter & wilden schwarzen Sexualität“ erschaffen, den es zu „zähmen“ gelte.

Vor diesem Hintergrund ist es also nicht mehr überraschend, dass Künstlerinnen wie Cardi B & Megan Thee Stallion vor allem in Zeiten von Krise und sexistischen Rollbacks Wut ernten, denn ihre Texte fordern die Kontrolle über sexuelle Narrative und ihre Körper zurück. Dies ist ein großer Fortschritt hinsichtlich der Frage, wer über weibliche Sexualität sprechen und von ihr profitieren darf, allerdings muss es bis zu einem bestimmten Punkt auch als das bewertet werden, was es ist: Ein Produkt auf dem kapitalistischen Markt, welches möglichst viel Profit einbringen muss. So ist es zwar sicherlich relevant, dass die Künstlerinnen zwei Women of Colour sind, die ihre Sexualität und Körper in ihrer Musik thematisieren, anstelle von männlichen Künstlern, die diese Themen lediglich für ihren Profit nutzen, indem Frauen als Accessoires in ihren Musikvideos auftauchen. Allerdings stehen auch sie unter dem Druck, sich selbst möglichst erfolgreich zu vermarkten, was in unserer Gesellschaft leider am effektivsten über „sex sells“ funktioniert. Der Text ist auch

ziemlich auf sexuelle und Schönheitsklischees der bürgerlichen Gesellschaft ausgelegt (Frauen mit enger Scheide, und Männer mit großem Penis), und so dürfte ihr Erfolg auch zum Teil durch die damit erreichte Provokation zu erklären sein. Wie bereits vorher ausgeführt, liegt der Ursprung der sexuellen Unterdrückung der Frau im Kapitalismus selbst und kann deshalb auch nur im Kampf gegen diesen überwunden werden. Empowernde Texte können diesen vielleicht unterstützen, indem sie das Bewusstsein der Konsument_Innen beeinflussen, sie können ihn aber nicht ersetzen. Im Gegenteil kann es bei sehr sexistisch eingestellten Menschen und insbesondere mackerhaften Männern, auch zu einer vermehrten Ablehnung oder noch vermehrten Objektivierung des weiblichen Körpers führen, während es insbesondere Frauen natürlich auch ermutigen kann. Dennoch wird es die sexistische Unterdrückung nicht beenden, weil es ihre Ursache nicht angreift. Es braucht also eine revolutionäre Perspektive, die die materielle Grundlage dieser Gesellschaft als Ganzes verändert und nicht nur die Musik, die höchstens die Reproduktion dieser verhindern kann.

Trotzdem lassen sich einige positive Effekte festhalten: So ist das klare Aussprechen sexueller Wünsche auch ein wichtiger Bestandteil von sexuellem Konsens und Texte, dies das thematisieren, könnten dabei helfen, einen offenen Umgang damit zu normalisieren. Wenn du noch mehr zum Thema Konsens wissen willst, haben wir in dieser Zeitung auch einen ganzen Artikel dazu geschrieben: „**Let’s talk about Sex: über Konsens reden - Aber wie?**“. Weiterhin brechen sie mit dem Anspruch, dass alle von der Sexualität von Frauen profitieren können, außer sie selbst und machen weibliche Perspektiven, Wünsche und Fantasien sichtbar. In einer Gesellschaft, in der sich sexuelle Medien wie Musik und Pornographie vor allem an ein männliches Publikum richten, bieten sie Identifikationsfläche für viele junge Frauen und erschaffen Narrative, in denen sie nicht nur passive Teilnehmerinnen sind, sondern selbst aktiv ihre Lust in den Fokus stellen.

Kommunist_Innen gucken Netflix: „Die Känguru Chroniken“

In unserer Serie „Kommunist_Innen gucken Netflix“ diskutieren wir aktuelle Filme und Serien aus kommunistischer Perspektive. Im diesem Teil beschäftigen wir uns mit dem Kinofilm „Die Känguru-Chroniken“ (auch wenn es ihn leider nicht auf Netflix gibt). Wer kennt sie nicht, die Geschichten von dem lustigen, kommunistischen Känguru, das mit dem anarchistischen Kleinkünstler (tut mir leid, natürlich kein Kleinkünstler!) zusammenlebt? „Bis zur Revolution können sie Freunde sein, danach wird es natürlich schwierig.“ Besitzansprüche gelten dem Känguru als konterrevolutionär, denn „mein dein, das sind doch bürgerliche Kategorien“!

Zwischen Herthas Kneipe und dem Dwigs-Tower

Der Film von Dani Levy ist an die Bücher von Marc-Uwe Kling („Die Känguru Chroniken“) angelehnt, verfolgt aber nicht exakt dieselbe Handlung. Wenn ihr also eine deckungsgleiche Verfilmung der Hörbücher erwartet, werdet ihr auf jeden Fall enttäuscht sein. Dafür lässt der Film aber auch mit der ein oder anderen Überraschung aufwarten, die wir hier natürlich nicht spoilern werden. Ansonsten erfahren wir wie Marc-Uwe und das Känguru zusammengefunden haben, wer sonst noch so im Haus

wohnt und lernen

natürlich die Menschen aus Herthas Eckkneipe kennen: Friedrich Wilhelm und Otto

Von, die beiden Kioskbesitzer, Hertha, die Urberlinerin aus der Kneipe und Maria, die freundliche Hackerin und Marc-Uwes Schwarm von nebenan. Dabei

prügeln sich alle regelmäßig mit Nazis (beziehungsweisen „Patrioten“) , Marc-Uwe betrinkt sich mit seinem Psychotherapeuten und alle versuchen gemeinsam Jörg Dwigs, den Immobilienspekulanten und Vorsitzenden einer an die

AfD angelehnten Partei, davon abzuhalten, ihr Haus räumen zu lassen.

Wie kommunistisch ist das Känguru wirklich?

Im Allgemeinen zeichnet sich der Kommunismus des Kängurus eher durch linke Phrasen als durch revolutionäre Taten aus. Politik macht das

Känguru eigentlich nur, wenn es zu seinem eigenen kurzfristigen Vorteil ist. Solange

Schnapspralinen da sind und Nirvana läuft, sieht es eigentlich keinen Handlungsbedarf, gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse vorzugehen. Wenn ihm

dann doch mal was am Kapitalismus nicht passt, reagiert es auch eher mit unkoordinierten spontanen Hau-Drauf-Aktionen. Kollektive Organisation und der

Aufbau von Gegenmacht hin zur gesamtgesellschaftlichen Befreiung scheinen das

Känguru weniger zu interessieren, deshalb würden wir es eigentlich eher als selbsternannten Individualanarchisten und nicht als Kommunisten bezeichnen. Natürlich

hat das Känguru irgendwo recht, wenn es „mein“ und „dein“ als bürgerlicher Kategorien bezeichnet. Im Kommunismus geht es aber nicht darum,

sich in einer fremden Wohnung einzurichten und Leuten ihre Schnapspralinen zu

klauen, sondern vielmehr darum, die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln zu stellen.

Lieber #Enteignen statt Häuserkampf mit dem Känguru

Immerhin zeigt uns der Film, dass es sich immer lohnt zu kämpfen, denn als die Hausbewohner_Innen erfahren, dass ihr Haus abgerissen werden soll, schließen sie sich zusammen, um dieses zu retten. Zusammen finden sie dann auch Mittel und Wege, um gegen die Räumung vorzugehen. Leider nicht durch eine klassenbewusste Bewegung aus Mieter_innenkomitees und Gewerkschaften, die sich durch Besetzungen, Mietstreiks und Vollversammlungen kollektiv gegen den Abriss des Hauses und den Ausverkauf ihres Kiezes wehrt. Das Känguru interessiert sich ja schließlich auch nur für seine eigenen 4 Wände. Durch eine kleine Schauspielnummer als Architekt und einem Computer-nerd, der durch ein bisschen flirten von Maria abgelenkt wird, kann der Abriss letztendlich aber doch noch verhindert werden – mit Klassenkampf hat das nur leider nichts zu tun. Ein paar Nazis Streiche zu spielen ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, vertreibt jedoch den gesamtgesellschaftlichen Rechtruck und die Immobilienspekulant_Innen nicht dauerhaft aus Kreuzberg und führt noch lange nicht zur Revolution. Dies zeigt sich auch dadurch, dass nicht mal angestrebt wird die Immobilienfirma zu enteignen, sondern nur verhindert werden soll, dass ein einzelnes Haus abgerissen wird. Dementsprechend wird auch keine Verbindung mit den Arbeiter_Innen der Firma eingegangen.

Fazit

Zusammenfassend freuen wir uns, dass es in einem Mainstream-Film selbsternannte Kommunist_Innen gibt, die ausnahmsweise mal nicht die Bösen sind. Selbst wenn der Kommunismus des Kängurus nichts mit dem Kommunismus zu tun hat, für den wir kämpfen, macht der Film trotzdem Spaß – eine wirklich nette Abwechslung zu Hollywoodproduktionen. Als letzte Anmerkung stellt der Film für uns aber auch eine gewisse Liebeserklärung an Berlin dar: so viele Menschen aus Berlin kennen genau diese Urberliner-Kneipen, wie die von Hertha, wo einem 2.000 Jahre alte Erdnüsse und Salzstangen, Bier und Futschi serviert werden und die Leute, denen es dreckig geht, solidarisch zusammenhalten. Berlin wird in diesem Film nicht zur trendigen Hipsterstadt glorifiziert, sondern begegnet uns so, wie viele von uns es kennen und es sich manchmal wünschen. Politisch hat uns das Känguru jedoch nicht überzeugt und wir bleiben lieber bei unserem revolutionären Programm. Bei all den Lachern und dem guten Entertainment besteht Kommunismus leider nicht immer nur aus Trinken mit dem Psychotherapeuten und ganz viel Spaß sondern auch aus harter politischer Arbeit.

Kommunist_Innen gucken Netflix: Élite

In unserer Serie „Kommunist_Innen gucken Netflix“ diskutieren wir aktuelle Filme und Serien aus kommunitätsischer Perspektive. Im aktuellen Teil

beschäftigen wir uns mit der Netflix-Serie **Élite**.

Yuna Hibbelig

„Wenn drei Teenager der Arbeiterklasse eine exklusive Privatschule in Spanien besuchen, führt der Konflikt zwischen ihnen und den wohlhabenden Schülern zu Mord.“ So wird die spanische Serie „Élite“ auf Netflix beworben. Das ist uns natürlich sofort ins Auge gefallen. In der Serie dreht sich alles um die elitäre, spanische Privatschule „Las Encinas“, an der sich die reichen Kinder der Stadtelite aufhalten (daher kommt auch der Name der Serie). Da die weniger elitäre Schule für die ärmere Bevölkerung „San Esteban“ aufgrund der Sparmaßnahmen der Investor*innen im Brandschutz abgebrannt ist, haben drei Schüler*innen als Ausgleich oder besser gesagt zur Imageaufbesserung der Versicherungsfirma Stipendien für „Las Encinas“ bekommen – Samuel, Nadia und Christian. Diese drei Jugendlichen sind die besagten „Teenager aus der Arbeiterklasse“. In den ersten zwei Staffeln wird der Mord an einer Mitschülerin behandelt, was dazu geführt hat und wer der*die Täter*in ist – aber das wollen wir euch nicht spoilern. In der dritten Staffel wird dann mit dem*der Täter*in und dessen ausbleibender Strafe umgegangen. Dazu gehören natürlich auch noch viele Romanzen, Intrigen und natürlich ganz viel Drama!

Die anderen Schüler*innen von „Las Encinas“ begegnen den Schüler*innen aus der Unterschicht gegenüber sehr feindlich und grenzen sie stark aus. Im Unterricht und während fast jedem Dialog werden dadurch auf die Klassenunterschiede aufmerksam gemacht: So betonen die elitären und reicheren

Schüler*innen oft das andere Verhalten und den anderen Stil der neuen Schüler*innen, sagen ihnen nach, weniger zivilisiert oder dümmer zu sein und als einziges Ziel zu haben, ihnen ihr liebes Geld zu stehlen. Nadia wird außerdem für ihre Religion negativ angefeindet. Sie ist Muslima und trägt ein Kopftuch. So wird auf die verschiedenen Aspekte elitärer Haltungen, auf die immer präsente Schere zwischen arm und reich und die offen bestehenden Unterschiede aufmerksam gemacht und diese den Zuschauenden vor Augen geführt werden. Grundsätzlich bleibt es bis zum Ende der Serie ein Trend, die prekären und erschwerten Bedingungen in- und außerhalb der Schule für Samuel, Nadia und Christian hervorzuheben.

Arbeiter*Innenklasse oder Unterschicht?

Wenngleich Netflix die ökonomischen Umstände von Nadia, Samuel und Christian als Arbeiter*Innenklasse beschreibt, scheint das keine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Klassenunterschieden zu sein. Über Christians Klassenhintergrund erfahren wir erstmal keine weiteren Details, nur dass er aus derselben maroden Schule wie Nadia und Samuel kommt. Samuels Mutter ist Arbeiterin (und teilweise ist sie auch arbeitslos), muss also ihre Arbeitskraft verkaufen, um das Überleben der Familie zu sichern. Auch Samuel und Nano (Samuels Bruder) müssen sehen, wie sie Geld verdienen können. Samuel arbeitet deswegen als Kellner, Pizzalieferant und später auch als Drogendealer, Nano beginnt gleich mit dem Drogenhandel. Diese Familie gehört also der

Arbeiter*innenklasse an, da sie kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt und

kein Kapital, somit dem Zwang des Verkaufs der Ware Arbeitskraft unterlegen ist.

Auch Nadias Familie wird als Teil der Arbeiter*innenklasse dargestellt. Jedoch

ist das aus marxistischer Sicht nicht korrekt, denn ihre Eltern besitzen einen kleinen Laden. Mal abgesehen davon, dass das sehr klischeehaft für eine migrantische Familie ist, besitzen sie somit ihre Produktionsmittel. Sie sind also ein Teil des Kleinbürger*innentums. Natürlich müssen sie trotzdem schuften

und sind keinesfalls reich, müssen sich also weiterhin selbst ausbeuten, da sie

keine Angestellten haben. Aber aufgrund des Besitzes der Produktionsmittel sind

sie nicht Teil der Arbeiter*Innenklasse. Natürlich kann auch das Kleinbürger*innentum

Teil der Unterschicht sein und es kann jederzeit in die Arbeiter*innenklasse absteigen oder in die Kapitalisten*Innenklasse (die besitzende Klasse)

aufsteigen. Wahrscheinlicher ist jedoch Ersteres. Insgesamt freuen wir uns natürlich, wenn eine populäre Seite wie Netflix den Klassenbegriff mit Serien popularisiert, aber wenn, dann sollten sie es richtig machen!

Die Schüler*innen der „Unterschicht“ versuchen sich

wiederholt den anderen Schüler*innen anzupassen, indem sie auf die gleichen

Partys gehen, sich den Ritualen anschließen und auch in der Schule anpassen. In

der Schule wird außerdem viel Leistungsdruck und Konkurrenz dargestellt, denn

die Schule hat ein besonderes Bewertungssystem, wodurch es nur eine beste Note

in der Klasse geben kann (das ist sehr kompliziert, aber der wichtige Punkt für

euch Leser*innen ist, dass es für viel Konkurrenz sorgt und, dass nicht

jede/jeder bestehen kann) – also versuchen sich die Schüler*innen, vor allem Nadia, noch extremer als in einer normalen Schule außerhalb des Serien-Universums anzupassen und ihre gesamte Energie in die Schularbeit zu investieren. Aber nicht nur in Sachen Leistung, sondern auch in Sachen Aussehen und Verhalten, wie eben Partys, Alkohol und Sex, verändern Nadia, Samuel und Christian ihr Verhalten – Nadia, die streng gläubig ist, fängt an, ihr Kopftuch abzulegen und Alkohol zu trinken. Christian geht eine Beziehung ein, um finanziell davon zu profitieren. Samuel, der eigentlich sehr stark gegen Drogen ist, fängt an zu dealen, um seine Familie finanziell stützen zu können. Das drückt den Zwang aus, sich der Elite (!!) anzunähern und eben genauso wie sie zu sein. In diesem Verhalten werden Standards aus unserer heutigen Gesellschaft widerspiegelt, einer uns vorgegaukelten „perfekten Welt“ zu folgen und uns ihr um jeden Preis anpassen zu müssen, um zu dem 1%, den reichen Leuten, Models, Entrepreneuren und Erfindern, kurz, der **Elite**, dazuzugehören.

Auch hinsichtlich der Justiz kann noch einmal die Frage der Klasseunterschiede aufgemacht werden. Die arme Person, die verdächtigt wird, kommt sofort ins Gefängnis, während die reiche Person, welche verdächtigt wird, keine Konsequenz, weder hinsichtlich der Schule noch hinsichtlich des Staates, zu fürchten hat. Das liegt daran, dass die Eltern dieser Person mit Korruption die Schulleitung bestechen können und sich um einen guten Rechtsbeistand kümmern. In der echten Welt findet man es auch immer wieder, dass aufgrund des Vermögens doch nicht jede*r vor dem Gesetz gleich ist.

Die Serie zehrt sehr von diesem interessanten Zusammenstoß der Lebenswelten zwischen Ober- und Unterschicht und das bekommt dadurch eine besondere Brisanz, dass das in der kapitalistischen Welt tatsächlich eher selten passiert, wenn es tatsächlich um die ganzen obersten Prozent geht und der Arbeiter*innenklasse, es sei denn, man ist nun mal angestellt. Man besucht unterschiedliche Schulen, hat unterschiedliche Hobbies, Werte, Sprache und Lebensstil gehen weit auseinander. Je weiter die Schere in den Vermögen auseinandergeht, desto weiter schotten sich auch die Lebenswelten voneinander ab.

Weitreichende

Darstellung von Sexualität oder unterschwelliger Sexismus?

In unserer heutigen Welt wird auch der Umgang mit Sexualität und Geschlecht zum Glück immer offener. Und darin versucht die Serie natürlich auch, sich dem anzupassen. Vor allem unter den Männern gibt es einen sehr offenen Umgang, viele erforschen ihre Sexualität, sind homosexuell, bisexuell oder haben eine andere Sexualität neben Heterosexualität. Und diese Repräsentation ist echt gut, denn die meisten queeren, männlichen Beziehungen sind darin nicht exklusiv auf das Sexuelle fokussiert, sondern thematisieren auch emotionale Probleme. Das ist übrigens vor allem bei Männern cool, die dadurch nicht nur sexuell, sondern auch emotional und reflektiert dargestellt werden, was seltener vorkommt. Doch das große ABER... leider gibt es die gleiche Offenheit und Darstellung für die Frauen in der Serie nicht. Es gibt keine queeren Paare, die einzige LGBTQ* Repräsentation für Frauen ist, wenn Rebeca (ein Charakter

der

zweiten und dritten Staffel) sagt, dass sie Carla „heiß“ findet, woraufhin ihr Gesprächspartner sie freundlich darauf aufmerksam macht, dass alle Carla „heiß“ finden. Außerdem sind viele der heterosexuellen Beziehungen sehr auf

Sexualität bezogen, Frauen werden als Sexobjekte dargestellt, die attraktiv sind und mit denen man Sex haben kann, tiefergehend sind diese Beziehungen aber

kaum und auch ansonsten eher toxisch. Generell wirken dabei die meisten Frauen

relativ eindimensional. Es gibt viele Charaktere, die zwar sympathisch aber etwas zickig, oder sympathisch, aber etwas verklemmt usw. sind. Es gibt also nicht besonders ausgearbeitete, weibliche Charaktere, hier gibt es kaum character development. Die meisten waren zwar doch irgendwie sympathisch, aber

es war eben meistens leicht vorhersehbar, wie sich die weiblichen Charaktere

als nächstes verhalten. Um ihnen aber etwas zugute zu lassen, war kein Charakter so sehr übertrieben, dass es komplett unmöglich war, sich echte Menschen, die so agieren, vorzustellen. Man kann meistens etwas Sympathisches

finden oder sich in die Charaktere hineinversetzen und, obwohl es sich hauptsächlich um reiche, spießige Kinder handelt, sind die Rollen und Dialoge

nicht komplett abwegig und unmöglich geschrieben.

Wie bei vielen anderen Serien auch, werden in Elite

natürlich auch ein paar unrealistische Körperstandards aufgeworfen. So gibt es

zwar was Hautfarbe angeht relativ viel Vielfalt, aber jeder einzelne Charakter sieht aus, als wäre er*sie einem Fashion Magazin entsprungen, mit dem „perfekten Sixpack“ und natürlich sind alle Frauen schlank und perfekt geschminkt. Bei einer anderen Netflix Serie namens „Stranger Things“ wurde das

deutlich besser umgesetzt, hier werden Jugendliche auch von Jugendlichen

und

nicht von Erwachsenen gespielt, welche wie Topmodels aussehen. Eine vielfältige

Besetzung auch hinsichtlich Schönheitsideale und Körperbilder ist ebenfalls wichtig um Zuschauer*Innen kein unrealistisches Bild zu vermitteln, was sie selber

und ihr Selbstbild unter Druck setzt. Das gilt besonders für weibliche Personen.

Trigger Warnungen?

Ja, bitte!

Um zurück zu einem etwas ernsterem Punkt zu kommen. In der

Serie geht es vorwiegend um Mord. Dementsprechend gibt es auch ein paar sehr

blutige oder morbide Szenen. Daneben werden Themen wie Krebserkrankungen,

Depressionen, Drogenabhängigkeit (inklusive Überdosis und allem Drum und Dran)

und sogar Suizid und sexuelle Belästigung angeschnitten. Während das wichtige

und spannende Themen sind, die meistens ernst genommen und auch ernsthaft

dargestellt werden, gibt es leider nirgendwo Trigger Warnungen, sodass einem

diese Bilder und Gespräche vollkommen ohne Vorwarnung entgegenkommen und man

sich schnell unwohl oder sogar getriggert fühlen kann. Das ist natürlich

schade, denn es dürfte für einigen Zuschauer*innen echt unangenehm werden und

wäre etwas fairer, ihnen damit positiv entgegenzukommen. Bei der Netflix Serie

„13 Reasons Why“ wurden ebenfalls Trigger Warnungen (allerdings auch erst nach

der Veröffentlichung und entsprechender Kritik) eingefügt. Das sollte bei Elite

ebenfalls überdacht werden.

Fazit

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Serie auf jeden Fall sehr unterhaltsam ist und es spannend ist, die Intrigen nachzuverfolgen und bei den ganzen Dramen mitzufiebern. Positiv hervorgehoben werden muss auf jeden Fall der offene Umgang mit Sexualität und Sex an sich. Auch der Leistungsdruck an Schulen, und vor allem an solchen Privatschulen, wird sehr spannend behandelt. Die Darstellung der Spaltung zwischen Ober- und Unterschicht war für uns natürlich interessant und während Nadia, Samuel und Christian zwar nicht eine besonders akkurate Repräsentation der Arbeiter*innenklasse sind und Nadia auch nicht wirklich zur Arbeiter*innenklasse gehört, werden doch die Schwierigkeiten mit Geld und die offene Abgrenzung zur oberen Schicht sehr gut aufgezeigt. Leider fehlt bei manchen Frauen eine positivere Darstellung ihres Charakters, ihrer Persönlichkeit und ihres Verhaltens.

Als letztes fehlt aus unserer Sicht auch der kämpferische Aspekt. Denn die Problemlösungen in der Serie sind wiederholt selbstorientiert und nicht auf das Wohl aller gerichtet. Obwohl einige elitäre Charaktere sich ihrer Rolle bewusst sind und mit positivem Beispiel als selbsternannte Helden mit Wohltätigkeitsaktionen und Spenden- oder Benefizveranstaltungen voranschreiten, ändern sie nichts daran. Die Benefizveranstaltungen gelten auch eher der Imageaufbesserung, als wirklich eine Hilfe zu sein, was in einigen Dialogen und Gesprächen etwas angeschnitten wird. Leider ändern auch die Jugendlichen aus der Arbeiter*innenklasse nicht wirklich etwas an der Situation, außer sich

um

jeden Preis an die elitären Jugendlichen anpassen zu wollen. Gerade die erlebte

Abfälligkeit und die himmelschreiende Ungerechtigkeit hätte sie dahingehend

politisieren können, dass sie gegen das Klassensystem ankämpfen wollen.

Trotz dessen bleibt die Serie sehenswertes, politisch

angehauchtes Entertainment voll von Romanzen, Intrigen und Drama!

Was der Bundesligastart über den Zustand des Profifußballs aussagt:

Marcel Möbius

Seit dem 15. Mai wird in der 1. und 2. Bundesliga wieder

Fußball gespielt. Seit dem 30. Mai auch in der 3. Liga. Das Alles ohne

Zuschauer, als sogenannte „Geisterspiele“ und unter Einhaltung strenger

Hygieneregeln. Damit nimmt die Deutsche Fußball-Liga (DFL) im internationalen

Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Nachdem dies sich als wirtschaftlich

lukrativ herausgestellt hat, werden andere große europäische Ligen diesem

Beispiel folgen. So wird in Spanien beispielsweise am 11. Juni der Spielbetrieb

fortgesetzt. Um dies möglich zu machen, werden extra regelmäßige Tests auf das

Coronavirus bei SpielerInnen und BetreuerInnen durchgeführt und diese in

Quarantäne gesetzt, wenn nötig. Dies ist besonders international ein Hohn, wenn

man betrachtet, dass in Italien und Spanien nicht einmal genügend Tests existieren, um die Zivilbevölkerung zu versorgen. Allerdings sollen für den Profisport hier massiv die Ressourcen locker gemacht werden. Dafür riskiert man eine fortschreitende Verschlechterung der Versorgung der Zivilbevölkerung und die Leben der ArbeiterInnenklasse. Dies alles tut man nur um den sportlichen Wettbewerb aufrechtzuerhalten? – Wohl kaum! Man muss sich vor Augen führen, dass der Profifußball ein riesiger Markt geworden ist, in dem es um hunderte Millionen Euro geht. Es ist eine Unterhaltungsindustrie, die sich durch Fernsehgelder, Werbekampagnen, Eintrittspreise und Merchandise finanziert.

Besonders deutlich wird die Entfremdung des Profifußballs vom ursprünglichen Gedanken des Sport, wenn man betrachtet, dass der gesamte Amateurfußball unverzüglich eingestellt wurde. Dies ist wiederum nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die meisten Amateursportvereine sich ohnehin finanziell in miserablen Situationen befinden. Kaum ein Verein generiert Überschüsse, die den Zwecken der Erhaltung der eigenen Infrastruktur genügen. Zumeist ist man auf die finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen angewiesen, für die der Verein zur Werbefläche wird. So zeigt sich, dass auch bei Amateurvereinen die gleichen Mechanismen gelten wie im Profibereich. Lediglich die Summen und die Größen von Vereinen und Unternehmen variieren.

Noch mehr verdeutlicht sich die Entfremdung des Profifußballs vom Grundgedanken des Sports, wenn man betrachtet, welche Transfersummen und Gehälter im Profifußball fließen. Nicht selten werden hier

Millionen als Jahresgehalt für Vollzeitsportler gezahlt. Das ist echt absurd, wenn man es in Relation zu durchschnittlichen ArbeiterInnenlöhnen setzt – schon allein im Vergleich, wenn man sieht, dass die Spieler vieler Vereine auf ihre Gehälter ganz oder teilweise verzichtet haben, um die Lohnzahlungen der ArbeiterInnen

des Vereins zu sichern. Was wie eine große Geste wirkt, ist doch eher ein Akt der Selbsterhaltung für die kapitalistische Maschinerie der Fußballindustrie.

Darüber hinaus hat die ökonomische Betrachtung des Profifußballs auch einen sexistischen Aspekt, da im Frauenfußball die Gehälter

und auch die gesamte Marketingindustrie drum herum um ein vielfaches kleiner

sind, sodass es Vollprofifußballerinnen in Deutschland kaum gibt. Die Gehälter

reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu sichern. Daher müssen die Frauen

neben dem zeitlich und körperlich ebenbürtigen Aufwand zum Männerfußball auch

noch Lohnarbeit oder einem Studium nachgehen.

Dabei ist es doch nicht die gesamte Industrie und das Marketing, weshalb die meisten Menschen den Fußball mit Leidenschaft verfolgen

– aktiv im Amateurbereich, als aktive Fans im Stadion oder auch als stille

BeobachterInnen zu Hause. Fußball ist der beliebteste Sport der

ArbeiterInnenklasse in Deutschland, doch er hat sein Gesicht verändert – er wurde bis zur Unkenntlichkeit von der Kommerzialisierung und der Vermarktung

aus Profitinteressen verdreht. Diese haben dazu geführt, dass sich allen voran

die Fußballverbände und FunktionärInnen daran bereichert haben. So ist es auch kein Wunder, dass die Korruption

floriert. Dies sind Effekte, die sowohl in Europa, in der UEFA, wie auch im

Weltfußballverband FIFA, beobachtet werden können. Man sieht, dass auch

die

50+1-Regel, die verbietet, dass ein Investor eine Entscheidungsmehrheit im Verein erhält, den Ausverkauf der Vereine nicht aufhalten kann. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis man in der Konkurrenz mit anderen Ligen, wo ganze

Klubs großen Sponsoren gehören, mit diesem Grundsatz bricht und Martin Kind,

Dietmar Hopp, Red Bull, Volkswagen, Bayer und anderen auch ganz offiziell den

Besitz an ihren Promoklubs überlässt.

Warum also begeistern sich trotz all dieser Probleme so

viele Menschen und besonders ArbeiterInnen und Jugendliche für diesen Sport?

Für Fans ist besonders der Zusammenhalt wichtig, dass der Fußball ein soziales

Event ist, welches Menschen verbindet. Gerade für Jugendliche, die durch den

allgemeinen Leistungsdruck und die Abhängigkeit durch das Konzept der bürgerlichen Familie, unterdrückt werden, hat dieser soziale Aspekt des Sports

eine besondere Bedeutung. Hier bilden sich Fanszenen, die man durchaus wie

Subkulturen betrachten kann. Jeder ist gleich, wenn er in der Kurve das gleiche

Team anfeuert. Dabei können Menschen ganz verschiedener Charaktere, Ideologien

oder politischer Orientierungen zusammengebracht werden, auch wenn Fans sehr

politisch werden können, indem sich zB. jetzt die Fans der eigentlich verfeindeten Vereine **São Paulos im Kampf**

gegen die Angriffe Bolsonaros zusammenschließen. Doch abseits

davon geht um Emotionen: Euphorie bis zur Ekstase, Trauer und auch Wut – all

das leben Menschen im Stadion und auch auf kleineren Fußballplätzen aus,

wenn

der sonst so triste Alltag aus Arbeit, Schule oder Uni eine Auszeit bekommt. Probleme des Alltags können vergessen werden, wodurch diese Form der Unterhaltungsindustrie besonders betrachtet werden muss, da es nicht nur um Unterhaltung wie im Film geht, sondern darum, dabei zu sein und teilnehmen zu können – zumindest gefühlt.

Im Block werden Menschen klassenübergreifend zusammengeführt – so war es zumindest einmal. Die Kommerzialisierung drängt die ArbeiterInnenklasse aus den Stadien – Leidenschaft, die mit Fangesängen voller Kraft und Entschlossenheit, gelegentlich auch mit Pyrotechnik ausgelebt wird, wird kriminalisiert und ist heute nicht mehr erwünscht. Ticketpreise steigen, Stehplätze verschwinden und damit verschwindet auch die Leidenschaft und die ArbeiterInnenklasse aus den Stadien. Dies verdeutlicht sich auch, wenn man betrachtet, dass große Teile der Tickets an Sponsoren gegeben werden. Die Ultras, die für die von allen so geliebte Stimmung im Stadion sorgen, werden von den Medien kriminalisiert und diskreditiert. Dabei sind sie diejenigen, die allen voran ihr Leben für ihren Verein aufopfern, oftmals auf eigene Kasse.

Die Gründe für diese Entwicklung sind ökonomisch begründet. Wo Menschen in Massen Interessen entwickeln oder praktisch immer, wenn irgendwas cooles im Kapitalismus entsteht, greifen Marktmechanismen und fangen an, die Profite maximieren zu wollen und den Spaß zur Ware zu machen – so werden Merchandise, Werbung und Pay-TV-Übertragungen auf die Plätze gebracht. Teilhabe für Menschen der ArbeiterInnenklasse erschwert, da ein soziales Ereignis zu

einem finanziellen Problem wird. Ähnlich sehen wir diesen Effekt auch bei der Kommerzialisierung von Musik, Kunst, Festivals, der Filmindustrie und Ähnlichem.

Hiermit zeigt sich deutlich, aus welchen Gründen wirklich der Profispielbetrieb nun fortgesetzt wird und dass dies nichts mit sportlichen Interessen zu tun hat. Der Profifußball wird also nur aus Profitinteressen fortgesetzt und damit die Gesundheit von SpielerInnen, BetreuerInnen und aller ArbeiterInnen im Umfeld der Vereine riskiert.

Es gilt nun dafür einzutreten, dass Profisportler_Innen durchschnittliche Arbeiter_Innenlöhne bekommen, Pyrotechnik legalisiert wird und Ticketpreise reduziert werden, um die Teilhabe der ArbeiterInnenklasse an sportlichen Ereignissen sicherzustellen.

Aus diesem Grund müssen wir nun gemeinsam als ArbeiterInnen den Kampf gegen die Kommerzialisierung des Profifußballs und für den Schutz der Gesundheit aller Beteiligten aufnehmen. Hierzu braucht es Streiks aller ArbeiterInnen, die für Fußballvereine arbeiten, gemeinsam mit den SpielerInnen. Dieser Kampf muss gemeinsam mit den Fans geführt werden. Die aktuellen Sportverbände müssen zerschlagen und ihre Vermögen enteignet werden. Der Profisport muss unter demokratische Kontrolle der Beteiligten gestellt werden – gemeinsam in Räten von Sportler_Innen, Fans und anderen UnterstützerInnen.

Buchbesprechung: Feminismus für die 99 %

Urte March, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Feminismus für die 99 %: Ein Manifest von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser (Verso Books; Deutsch: Matthes & Seitz, Berlin 2019)

Frauenbewegungen auf der ganzen Welt sind auf dem Vormarsch. Seit 2017 haben Frauenstreiks Millionen auf die Straße gebracht, um eine gleichberechtigte Gesellschaft zu fordern und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Neoliberalismus und der Austerität aufzuzeigen.

Während konservative und populistische Regime von Indien bis zu den Vereinigten Staaten hart erkämpfte soziale und reproduktive Freiheiten als Teil eines globalen Wandels hin zu konservativem Nationalismus attackieren, greifen feministische Bewegungen zunehmend nach systemischen Erklärungen für die Unterdrückung von Frauen.

Dies ist die historische Konjunktur, für die der „Feminismus für die 99 % - Ein Manifest“ geschrieben worden ist. Cinzia Arruza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser, drei in den USA ansässige Akademikerinnen, die in der Frauenstreikbewegung einflussreich und als feministische Theoretikerinnen sehr etabliert sind, stellen sich die Aufgabe, „eine neue, antikapitalistische Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit“ zu „entwickeln -

eine, die über die aktuelle Krise hinaus – und in eine neue Gesellschaft führt“. (S. 12)

Antikapitalismus und Internationalismus

„Feminismus für die 99 %“ wurde in über 20 Sprachen veröffentlicht und international weit verbreitet, so dass es sich lohnt, die Bedeutung der Popularität der Broschüre zu bewerten, bevor man die im Manifest dargelegten Perspektiven hinterfragt.

Die Autorinnen beginnen damit, dass sie den liberalen oder „korporativen“ Feminismus – beschrieben als den Wunsch nach einem besseren Gleichgewicht der Geschlechter innerhalb der ausbeuterischen Strukturen der Gesellschaft – als völlig unzureichend für die Lösung der drängenden sozialen Probleme der heutigen Welt abtun. Auf den ersten Seiten nennen sie den Kapitalismus, jenes „System, das den Chef hervorbringt, nationale Grenzen produziert und die Drohnen herstellt, die diese Grenzen überwachen“, als den Feind, der besiegt werden muss, um die Befreiung der Frauen zu erreichen. (S. 10 f.)

Die Autorinnen beschreiben die Unterdrückung der Frauen als wesentlich für das Funktionieren des Kapitalismus und betonen, dass die Befreiung der Frauen ein Kampf zwischen widerstreitenden Kräften in der Gesellschaft ist und nicht das langsame Wachstum der Chancengleichheit. Die Broschüre kehrt häufig zu der Idee der „Transformation des zugrunde liegenden „Gesellschaftssystems“ zurück, das die Unterdrückung der Geschlechter diktiert.

In der Erkenntnis, dass der Kapitalismus ein globales System ist, bekräftigen sie die zentrale Bedeutung der Frauenstreiks für einen neuen globalen Widerstand und erkennen die Notwendigkeit internationalen Handelns an, indem sie erklären,

dass der Feminismus für die 99 Prozent „entschieden internationalistisch ist“.

(S. 27)

Hier gibt es viel, dem man zustimmen kann. Die rhetorische Betonung von Antikapitalismus und Internationalismus in der Broschüre, wie vage oder falsch sie auch immer definiert sein mag, zeigt ein wachsendes Bewusstsein in der Frauenbewegung für die Beziehung zwischen kapitalistischen sozialen Verhältnissen und Frauenunterdrückung auf. Gleichzeitig enthüllen die Mängel in der Herangehensweise der Autorinnen den anhaltenden Einfluss der Identitätspolitik und des postmodernen Akademismus auf die Frauenstreikbewegung.

Für den Erfolg einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung wird es nicht ausreichen, die destruktiven und unterdrückerischen Tendenzen des Kapitalismus anzuerkennen – es muss die richtige Strategie für seinen Sturz und seine Ersetzung durch ein neues System vorangetrieben werden.

Soziale Reproduktion

Im Nachwort der Broschüre identifizieren sich die Autorinnen als soziale Reproduktionstheoretikerinnen, und der Inhalt, den sie dieser Identifikation geben, definiert ihre Methode und ihre Schlussfolgerungen. Wie andere TheoretikerInnen der sozialen Reproduktion argumentieren sie, dass die marxistische Tradition fehlerhaft ist, weil ihre Erklärung der Rolle der gebärenden, erziehenden und anderen unbezahlten sozialen Arbeit im Gesamtzyklus der Produktion unvollständig ist. Die zentrale Aussage ihrer besonderen Variante der Theorie der sozialen Reproduktion ist, dass „die kapitalistische

Gesellschaft aus zwei untrennbar miteinander verwobenen und doch sich wechselseitig ausschließenden Imperativen besteht“ – der Notwendigkeit, Profit zu schaffen (Produktion), und der Notwendigkeit, dass die Menschen sich selbst erhalten müssen (soziale Reproduktion), und dass diese Spaltung auf eine tief sitzende „Spannung im Herzen der kapitalistischen Gesellschaft“ hinweist. (S. 87, 91)

Die praktische Bedeutung dieses Ansatzes wird in erster Linie durch den Kontrast zum „traditionellen“ marxistischen Denken gefördert, dem die Autorinnen vorwerfen, den Kapitalismus als „lediglich ein Wirtschaftssystem“ vorzustellen und nicht anzuerkennen, dass der Kapitalismus „eine institutionalisierte Gesellschaftsordnung“ ist, „zu der auch jene scheinbar ‚außerwirtschaftlichen‘ Verhältnisse und Praktiken gehören, von denen die offizielle Ökonomie getragen wird“. (S. 82) Diese Aussage für sich genommen ist einfach eine eigennützige Vulgarisierung des Marxismus, der in der Tat immer erkannt hat, dass die Produktionsverhältnisse den Überbau der Ideologie, den Staat und eine Vielzahl anderer sozialer Institutionen, darunter die Familie, hervorbringen. Ebenso würde keinE MarxistIn der Aussage widersprechen, dass es „die entlohnte Arbeit des Plusmachens [...] ohne die (überwiegend) nicht entlohnte Arbeit des Menschenmachens nicht geben“ könnte. (S. 89 f.)

Die Autorinnen argumentieren ferner, dass MarxistInnen die Produktionssphäre fälschlicherweise als dominant über die Reproduktionssphäre betrachten und die „traditionelle ArbeiterInnenbewegung“ dazu bringen, den wirtschaftlichen Kampf um bessere Löhne gegenüber sozialen Kämpfen zu privilegieren, auf Kosten der Interessen der Frauen. Hier gibt es eine echte

Meinungsverschiedenheit. Für MarxistInnen, wie Engels erklärt, geht „die materialistische Anschauung der Geschichte [...] von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist“.¹

In diesem Sinne ist es die Sphäre der Produktion, die die Sphäre der Reproduktion beherrscht und formt. MarxistInnen sehen die Gewinnung von Profit und die Akkumulation von Kapital als treibende Kraft und bestimmendes Merkmal des kapitalistischen Systems. Es war die Entwicklung der Klassengesellschaft, die zur Entstehung der Familie als einer für die herrschende Klasse wesentlichen Institution führte. Der Übergang zum Kapitalismus konsolidierte die Kernfamilie als die effizienteste Art und Weise der Verwaltung der sozialen Reproduktion.

Dies bedeutet nicht, dass die Familie nicht ein Ort der Unterdrückung ist oder soziale und politische Forderungen zweitrangig sind. Der revolutionäre Marxismus versucht, den Kampf der ArbeiterInnenklasse nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern für die Abschaffung des gesamten sozialen Systems, das die ArbeiterInnen unterdrückt und ausbeutet, anzuführen.

Der politische Kampf über jede Manifestation der aus dem kapitalistischen System resultierenden Ungerechtigkeiten, einschließlich der sozialen Unterdrückung der Frauen und der Aneignung ihrer unbezahlten Arbeit durch das Kapital, ist wesentlich für die Bildung von Klassenbewusstsein und den Zusammenhalt einer sozialistischen Bewegung.

In der Tat geht es in Lenins Schlüsselwerk „Was tun?“ fast ausschließlich darum, dieses Argument vorzubringen:

„Daher ist es begreiflich, dass die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können [...] Es ist notwendig,

jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung auszunutzen [...] auf den verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein-bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw.“²

Wo die Autorinnen „altmodische Verständnisse“ des Kapitalismus kritisieren, denen gemäß sie sich die ArbeiterInnenklasse „ausschließlich aus denen zusammensetze, die für Löhne in Fabriken oder Bergwerken arbeiten“, antworten sie nicht auf die marxistische Tradition, sondern auf die stalinistischen und reformistischen Entstellungen des Marxismus. Die Tendenz zum Ökonomismus ist nicht ein Merkmal revolutionärer, sondern einer im Wesentlichen bürgerlichen Politik, die sich darauf beschränkt, bessere Bedingungen für die ArbeiterInnen innerhalb der Grenzen des Kapitalismus zu suchen.

Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Kampf um die soziale Reproduktion zu ersetzen, ohne eine revolutionäre Strategie voranzutreiben, das kann diesen Fehler nicht überwinden, sondern verlagert ihn lediglich auf ein anderes Terrain von Teilreformen.

Kapitalismus und Krise

Die Ablehnung des „Feminismus für die 99 %“ dessen, was das Manifest als den ökonomischen Determinismus der marxistischen Tradition bezeichnet, führt dazu, dass es den Begriff der kapitalistischen Krise neu theoretisiert und lässt die Autorinnen einer sinnvollen Definition des Kapitalismus beraubt bleiben. Sie behaupten, dass die allgemeine Krise historisch gesehen bedeutende Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Transformation geboten hat und dass die Existenz von Krisenbedingungen den Imperativ für FeministInnen und Radikale schafft, darauf zu reagieren und

den

Prozess zu „lenken“. Die Autorinnen stellen ihr Manifest als Strategie zur „Lösung“ der allgemeinen Krise vor, die wir heute durchleben.

Obwohl die Autorinnen sagen, dass sie auf eine „Krise des Kapitalismus“ reagieren, bestehen sie darauf, dass sie „diese Begriffe nicht im

üblichen Sinn“ (S. 82) verstehen, und zeigen mit dem Finger auf die marxistische Konzeption der inneren Widersprüche des Kapitals. Stattdessen erkennen sie „als Feministinnen“ an, dass der Kapitalismus auch „weitere, außerökonomische Widersprüche und Krisentendenzen“ (S. 83) beherbergt, was

bedeutet, dass die kapitalistische Krise „nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ökologische, politische und auf die gesellschaftliche Reproduktion bezogene“ ist. (S. 84) Für sie besteht die Wurzel all dieser Krisen im Bestreben des Kapitals, freie Ressourcen aus verschiedenen Quellen

(Frauen, Umwelt, ärmere Länder) zu extrahieren und sie in den Prozess der Akkumulation einzubringen, der auf lange Sicht nicht nachhaltig ist und Krisen

in jeder dieser parallelen sozialen Sphären verursacht.

MarxistInnen würden zustimmen, dass die Tendenz zur Krise in die Natur des kapitalistischen Systems selbst eingebettet ist und die Überausbeutung „freier“ Arbeit und Ressourcen ein Merkmal des Kapitalismus ist.

Aber die Marx'sche Theorie hat eine viel spezifischere Definition von Krise. Sie

behauptet, dass die Quelle der Krise der innere Widerspruch des Kapitals selbst

ist, definiert durch die Ausbeutung der lebendigen Arbeit. In ihrer ständigen Suche nach Mehrwert werden die KapitalistInnen dazu getrieben, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, indem sie das Niveau der in der Produktion eingesetzten Technologie erhöhen.

Dabei sinkt der Anteil des Kapitals, der in die

Arbeitskosten fließt, im Vergleich zu dem, der in Maschinen und Rohstoffe eingeht.

Da es aber nur ArbeiterInnen aus Fleisch und Blut sind, die einen Mehrwert schaffen, bedeutet dies im Laufe der Zeit einen Rückgang der Rentabilität des Kapitals – die Profitrate sinkt tendenziell.

Wenn die Profitrate sinkt, kann das Kapital kein ausreichendes Rentabilitätsniveau aufrechterhalten, und eine Krise bricht aus. Die Symptome

dieser Wirtschaftskrise – Kapitalabzug, Zins- und Preiserhöhungen – sind das Ergebnis des verzweiferten Versuchs des Kapitals, seine Rentabilität aufrechtzuerhalten, was für die ArbeiterInnen verheerende Auswirkungen in Form

von Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandards mit sich bringt und in soziale und politische Unruhen übergreift.

Für MarxistInnen ist das, was der „Feminismus für die 99 %“

als „Krise der sozialen Reproduktion“ beschreibt – wenn „eine Gesellschaft der

gesellschaftlichen Reproduktion die öffentliche Unterstützung“ entzieht und „zugleich

diejenigen, die das Gros der Reproduktionsarbeit leisten, für anstrengende, aber niedrig bezahlte Arbeit, die zudem noch mit langen Arbeitstagen einhergeht“ (S. 93 f.), rekrutiert – ein untrennbarer Teil der Krise des Kapitals. Das Kapital versucht, sinkende Gewinnraten auszugleichen, indem es

den Mehrwert auf Kosten der ArbeiterInnen zurückgewinnt, sowohl die tatsächlichen Löhne als auch den Soziallohn kürzt (einschließlich kostenloser oder subventionierter Kinderbetreuung, staatlicher Bereitstellung von Sozialleistungen usw.). Dies hat den beschriebenen Effekt, dass die Belastung

durch unbezahlte soziale Reproduktionsarbeit zunimmt und überwiegend auf Frauen

entfällt. Daher sind die Kämpfe gegen die Schließung öffentlicher Dienste, für

die Sozialisierung der Kinderbetreuung usw. kein gesonderter feministischer Imperativ, sondern Teil des Klassenkampfes insgesamt.

Im „Feminismus für die 99 %“ hingegen liegt die Notwendigkeit eines antikapitalistischen Ansatzes nicht in einer Antwort auf die Gesetze des Kapitalismus begründet, sondern in einer allgemeinen sozialen

Krise, die sich aus einer Vielzahl von Krisen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zusammensetzt und sich zu einer „gesamtgesellschaftlichen Krise“ (S.

27) summiert. Obwohl sie argumentieren, dass FeministInnen in jeder dieser Arenen kämpfen müssen und es für alle diese Kämpfe wesentlich ist, sich miteinander zu verbinden, sehen sie jede dieser Auseinandersetzungen in einer

eigenen und separaten Sphäre stattfinden. Als Feministinnen sind sie am meisten

damit beschäftigt, in der Krise der sozialen Reproduktion eine Führungsrolle zu

übernehmen und die Führung von Kämpfen in parallelen Bereichen wie Antirassismus oder Umweltschutz anderen zu überlassen.

Aber wenn jeder Kampf in einer separaten Sphäre stattfinden

kann, um eine bestimmte Krise zu lösen, dann ist jeder soziale Kampf gleichermaßen wichtig für die „Überwindung“ des Kapitalismus, und der Erfolg

der „sozialen Transformation“ erfordert nur eine bessere Koordination zwischen

den verschiedenen Bewegungen, nicht aber eine bewusste Strategie zur Entmachtung der herrschenden Klasse. Die Frage, was die Bewegungen wirklich tun

müssen, um zu einer „nichtkapitalistischen Gesellschaft“ zu gelangen, wird weiter dadurch verdunkelt, dass die Broschüre den Kapitalismus nie wirklich definiert. Obwohl die Arbeitswerttheorie zusammengefasst wird, erscheint der

Kapitalismus im gesamten Buch vor allem unter dem Deckmantel seiner

Symptome,
einer Ansammlung schrecklicher sozialer Folgen, gegen die verschiedene
Bewegungen sich aufzustellen ermutigt werden.

Wo in der Broschüre vom Kapitalismus als System gesprochen
wird, tritt er als eines in Erscheinung, das aus miteinander verbundenen,
konstitutiven Teilen besteht, und nicht als eines, das als ein einziges nach
den Gesetzen der kapitalistischen politischen Ökonomie funktioniert. Wenn
sie
ihre Erklärung dafür, warum sich der Kapitalismus in einer so tiefen Krise
befindet, ausarbeiten, beziehen sie sich manchmal auf den Neoliberalismus,
das
Finanzkapital oder den Imperialismus. Aber diese Begriffe werden nicht klar
definiert oder mit politischem Inhalt versehen – Neoliberalismus wird nur als
eine „besonders räuberische Form des Kapitalismus“ (S. 27) und
Imperialismus
als wirtschaftlich ausbeuterische Beziehungen zwischen Ländern definiert,
die
durch Rassismus bedingt sind.

Dies zeigt, dass – trotz der ständigen Betonung ihrer „antikapitalistischen“
Ausrichtung – der Ausgangspunkt der Autorinnen eine Ablehnung des
historischen
Materialismus und der Kapitalkritik von Marx ist. Da diese Konzepte am
Ende den
revolutionären Charakter und die Aufgaben des Subjekts in Gestalt der
ArbeiterInnenklasse innerhalb des Kapitalismus umreißen, folgt daraus
natürlich, dass die Autorinnen die ArbeiterInnenklasse als geschichtliche
Trägerin des gesellschaftlichen Wandels ablehnen. Keine Passage fasst dies
besser zusammen, als die, wo die Autorinnen, nachdem sie anerkannt haben,
dass
ihr Manifest auf den Schultern von Marx und Engels steht, ihre Anerkennung
sofort einschränken: „Da wir uns heute einer gespalteneren und
heterogeneren
politischen Landschaft gegenüber sehen, ist es für uns nicht so einfach, uns

eine weltweit geeinte revolutionäre Kraft vorzustellen.“ (S. 78)

Populismus

Nachdem er so die Zentralität der Klasse im Kampf gegen den Kapitalismus beseitigt hat, ersetzt „Feminismus für die 99 %“ diese durch „einen Universalismus, der seine Form und seinen Inhalt aus der Vielzahl der Kämpfe von unten erhält“. Konkret wird dies durch eine aggregierte Masse von sozialen Bewegungen verkörpert, die die „99 %“ repräsentieren. Die Autorinnen skizzieren die Konturen ihrer Allianz, indem sie sagen „Wir lehnen nicht nur den reaktionären Populismus ab, sondern auch den fortschrittlichen Neoliberalismus. Tatsächlich beabsichtigen wir unsere Bewegung genau dadurch aufzubauen, dass wir das Bündnis mit diesen beiden aufkündigen“. (S. 72) Die Schreiberinnen berufen sich auf einen progressiven oder „antikapitalistischen“ Populismus, die politische Ideologie der Mittelschichten.

Ihr erklärtes Ziel ist es, die Frauenstreiks zu verstärken und Sympathie und Unterstützung zwischen der Frauenbewegung und anderen sozialen Kämpfen aufzubauen, um „sich jeder Bewegung anzuschließen, die für die 99 % kämpft“. Da die Autorinnen ihre antikapitalistische Strategie als ein Bündnis von sozialen Bewegungen definiert haben, die in verschiedenen Bereichen kämpfen, steht es ihnen frei, die Tugenden der verschiedenen Bewegungen nacheinander zu preisen, wobei sie der Frage ausweichen, wie sich die Bewegungen zueinander verhalten sollen, und sich stattdessen auf die Aufgaben von FeministInnen im Kampf um die soziale Reproduktion konzentrieren.

In der gesamten Broschüre gibt es eine Spannung zwischen dem Wunsch der Schreiberinnen, FeministInnen als FührerInnen dieser antikapitalistischen Allianz zu positionieren, und ihrer Neigung zu einem diffusen Horizontalismus. Manchmal wird die Frage „Werden dann Feministinnen an vorderster Front beteiligt sein?“ (S. 31) als entscheidend für den Erfolg ihres antikapitalistischen Aufstandes gestellt. Doch im gesamten Buch bleibt die Frage unbeantwortet, wer die kollektiven Aufgaben ihres so genannten „antikapitalistischen Aufstands“ festlegen oder leiten wird, und es gibt keine Diskussion über die Organisationsformen, die notwendig sind, um ein Bündnis so unterschiedlicher Bewegungen aufrechtzuerhalten. Das Zusammentreffen der Vielzahl von Bewegungen wird als eine spontane Annäherung von Subjekten vorgestellt: „Nur durch bewusste Bemühungen, Solidarität aufzubauen, durch den Kampf in und durch unsere Vielfalt, können wir die kombinierte Kraft erreichen, die wir brauchen, um die Gesellschaft zu transformieren“.

Obwohl wir mit „Feminismus für die 99 %“ darin übereinstimmen, dass es wichtig ist, Solidarität zwischen den verschiedenen Bewegungen aufzubauen, ist unser Endziel nicht nur, die Vielfalt zu feiern und voneinander zu lernen, sondern unsere Unterschiede zu überwinden und die große Vielfalt spontaner und themenspezifischer Bewegungen zu einer einzigen, facettenreichen Bewegung zu vereinen, die sich ihres gemeinsamen Ziels bewusst wird. Das Ziel muss der Sturz des Kapitalismus sein, der notwendig sein wird, um eine dauerhafte Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu erreichen, einschließlich derer, die auf der Grundlage von Geschlecht, Gender und Sexualität unterdrückt

werden. Es ist gerade die politische Führung, die durch die Zusammenführung der verschiedenen Elemente unter einem gemeinsamen Programm die politischen Ziele der verschiedenen Bewegungen erhöhen und sie auf den Sozialismus ausrichten kann.

Hier ist die Frage der Handlungsfähigkeit von größter Bedeutung. Welche Gruppe kann sich vereinen und eine globale antikapitalistische Bewegung anführen? Die Antwort, die der Marxismus gibt, ist die ArbeiterInnenklasse – sowohl Frauen als auch Männer, die aus allen Nationalitäten und Rassen stammen. Ihr revolutionäres Potenzial ergibt sich aus ihrer Rolle in der Produktion, durch die die Klasse die kollektiven Fähigkeiten und das Ethos erwirbt, um sich gegen ihre AusbeuterInnen zu vereinigen. Der familiäre Rahmen spaltet und atomisiert, anstatt die Klasse zu vereinen, wenn er vom Arbeitsplatz und der Gemeinschaft der ArbeiterInnenklasse getrennt ist.

Aber die Notwendigkeit unbezahlter und bezahlter Arbeit für die KapitalistInnen gibt den ArbeiterInnen und ihren Familien – als Klasse und nicht nur als Belegschaft – die Macht, sich zu wehren. Die ArbeiterInnenklasse hat gezeigt, dass sie wie keine andere Klasse ihre eigenen Organisationen aufbauen kann, und sie ist die einzige soziale Gruppierung, die eine sozialistische Revolution erfolgreich geführt hat. Kein heterogenes „Volk“, keine „Bewegung von Bewegungen“, die von Klassenunterschieden und Antagonismen zerrissen ist, kann diese ersetzen und die Agentur eines wirklich antikapitalistischen Projekts sein.

Indem sie die ArbeiterInnenklasse als universelles Subjekt innerhalb des Klassenkampfes ablehnen, weisen die Autorinnen das Ziel des Sozialismus zurück, d. h. die Übernahme der Staatsmacht durch die ArbeiterInnenklasse und die demokratische Planung der Wirtschaft. Da sie sowohl den bürgerlichen Feminismus als auch den Marxismus ablehnen, ist ihre Ideologie letztlich eine solche des kleinbürgerlichen Feminismus, der Klasse nur als eine von vielen Identitäten mit überlappenden und konkurrierenden Interessen sieht und daher unfähig ist, eine Einheit im Kampf zu schmieden. Ihr Machtanspruch kann nur ein allgemeiner „antisystemischer“ Linkspopulismus sein, in dem den 99 % - d. h. allen Bevölkerungsklassen, die durch die sozialen Bewegungen vertreten werden mit Ausnahme der MilliardärInnen – die zentrale Rolle zugeschrieben wird, aber notwendigerweise ohne ein gemeinsames Ziel, geschweige denn eine Strategie zur Erreichung dessen. Und genau hier, in der Frage der Taktik und Strategie, zeigt sich die eklatanteste Schwäche des Buches.

Frauenstreiks

„Feminismus für die 99 %“ stellt die Frauenstreiks als eine wesentliche Taktik für den Aufbau einer „neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaftsform“ dar und argumentiert, dass sie die Vorstellung der Menschen von Streiks auf der ganzen Welt neu beleben können. In Übereinstimmung mit der eklektischen Methode der Autorinnen bleibt im Buch unklar, ob die Frauenstreiks als eine Protestbewegung aufgebaut werden sollten, um den halbautonomen Kampf für Reformen im Bereich der sozialen Reproduktion voranzutreiben, oder ob

sie
ein bewusster Versuch sind, den Kapitalismus zu schwächen.

Für MarxistInnen hat ein Streik eine spezifische Funktion
als direkte Konfrontation zwischen ArbeiterInnen und Kapital. Durch den
Streik
berauben die ArbeiterInnen die Bosse ihrer Profite und versuchen durch die
Androhung weiterer Störungen einige Zugeständnisse seitens der
KapitalistInnen
zu erreichen. Wenn ein Streik zu einer Massenstreikbewegung
verallgemeinert
wird, stellt sich die Frage, wer in der Gesellschaft die Macht. Unter den
richtigen Bedingungen und unter der richtigen Führung kann sie der
Auslöser für
einen revolutionären Aufstand sein. Streiks am Arbeitsplatz haben diese
störende Wirkung, weil der Rückzug der produktiven Arbeit die Produktion
von
Mehrwert behindert, der das Wesen des Kapitalkreislaufs ausmacht.
Unbezahlte
Arbeit im Haushalt bringt per Definition keinen Profit, daher ist ihre
Niederlegung kein direkter Schlag gegen das Kapital.

„Feminismus für die 99 %“ scheint diese Prämisse zu
akzeptieren, wenn es sagt, dass die Rolle der Frauenstreiks darin besteht,
„die
unverzichtbare Rolle“ sichtbar zu machen, „die geschlechtsspezifische,
unbezahlte Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften spielt“ (S. 17). In
Wirklichkeit werden die Frauenstreiks als eine Protestbewegung dargestellt
und
nicht als ein bewusster Versuch, Kapazitäten zur Störung der kapitalistischen
Wirtschaft aufzubauen. Aber da „Feminismus für die 99 %“ keine Vorstellung
von den Gesetzen und Grenzen des Kapitals hat, sondern nur „ehrgeizige
Projekte
der sozialen Transformation“, behauptet es, dass ein solcher Protest immer
noch

ein transformativer Akt sein kann, „vor allem durch eine Erweiterung der Vorstellung dessen, was überhaupt als Arbeit zählt“. (ebd.)

Obwohl der Marxismus beschuldigt wird, eine künstliche Aufteilung der Bewegung in den wirtschaftlichen und sozialen Kampf als getrennte Sphären aufrechtzuerhalten, begeht „Feminismus für die 99 %“ in Wirklichkeit den gleichen Fehler in umgekehrter Richtung, indem es versucht, den sozialen reproduktiven Kämpfen Vorrang einzuräumen. Die Autorinnen übertreiben zwar die Fähigkeit des Entzugs von sozialer reproduktiver Arbeit, den Kapitalismus zu stören, untergraben aber gleichzeitig das tatsächliche politische Potenzial der Frauenstreiks, indem sie ihre Funktion künstlich auf die einer Protestbewegung zur Hebung des feministischen Bewusstseins beschränken. Selbst die grundlegendsten politischen Forderungen, die auf eine Verbesserung der materiellen Position der Frauen in der Gesellschaft abzielen wie allgemeine kostenlose Kinderbetreuung und gleiche Bezahlung, fehlen auffallend außer in ihrer negativen Form, als Beispiele für Dinge, die der Gesellschaft derzeit fehlen.

Tatsächlich kann die Nutzung der Rolle der Frauen in der kapitalistischen Wirtschaft als *Lohnarbeiterinnen* zur Organisation von Frauenstreiks die Grundlage einer Strategie zur Ausweitung der Bewegung sein, die eine größere Zahl von ArbeiterInnen – einschließlich Männern – in die Streiks hineinzieht. Einige der erfolgreichsten Frauenstreiks haben in Ländern stattgefunden, in denen sie von großen Gewerkschaften unterstützt wurden wie in Spanien und der Schweiz. Die Frauen hörten nicht nur mit der Hausarbeit auf, sondern verließen ihre Arbeit auf der Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Forderungen: gleiche Bezahlung, soziale

Absicherung der Kinderbetreuung, Beendigung der Schikanen am Arbeitsplatz und der häuslichen Gewalt.

Die Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen Forderungen verleiht der Bewegung einen politischen Charakter und stellt Frauen an die Spitze eines Kampfes, der die Frage aufwirft, welches Sozialsystem all diese Forderungen gleichzeitig erfüllen und die Errungenschaften dauerhaft machen

könnte. Wenn sich die Streiks am Arbeitsplatz ausbreiten, wird die Unterstützung von arbeitslosen Frauen, die zu Hause arbeiten, die Umwandlung der Bewegung in einen allgemeinen politischen Konflikt beschleunigen.

Wenn eine solche Bewegung erfolgreich wäre, würde sie zweifellos auf den Widerstand des bürgerlichen Staates stoßen. Dieser Punkt wäre ein entscheidender. Die Bewegung müsste sich entweder auf die Machtübernahme oder auf eine Niederlage vorbereiten. Auch über das Wesen des

Staates schweigt „Feminismus für die 99 %“. Das Beste, was man daraus schließen kann, ist, dass der Staat irgendwie obsolet wird, wenn verschiedene

soziale Bewegungen eine bestimmte Schwelle des Radikalismus und der Zusammenarbeit überschreiten.

Schlussfolgerungen

„Feminismus für die 99 %“ beginnt mit der Behauptung:

„Die Organisatorinnen des huelga feminista [Frauenstreiks] bestehen darauf, dem

Kapitalismus ein Ende zu setzen“ (S. 10). Doch trotz ihrer Rhetorik ist der Antikapitalismus der Autorinnen eher ein utopischer Anspruch als eine revolutionäre Strategie.

Wie soll der Kapitalismus beendet werden? Kein Streik – weder ein Streik, der die Produktion stoppt, noch einer, der in erster Linie

eine Massendemonstration ist – kann dies allein erreichen.
Massendemonstrationen von Frauen als Hausfrauen wie auch als Lohnarbeiterinnen
sind als Beweis unserer potenziellen Macht von unschätzbarem Wert. Aber wenn
diese wirklich auf der Beendigung des Kapitalismus „bestehen“ sollen, müssen
sie sich zunächst in politische Streiks verwandeln, die bewusst eine Regierung
und den Staat zur Kapitulation zwingen wollen und dann in einen Aufstand, eine
Revolution.

Wenn der Streik wirklich ein wesentliches Element der Vorbereitung und ein potenzieller Katalysator für eine antikapitalistische Revolution ist – und tatsächlich ist er das –, dann muss die ArbeiterInnenklasse die zentrale oder führende Kraft darin sein. Sicherlich wird sie Verbündete aus anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen brauchen, aber die ArbeiterInnenklasse muss die hegemoniale Klasse sein, weil
der Kapitalismus historisch gesehen nicht ohne sie auskommt, während die ArbeiterInnenklasse auf den Kapitalismus verzichten kann.

Nur die ArbeiterInnenklasse kann die Massenproduktion und -verteilung und damit auch die Reproduktion sozialisieren, die Frauen von der Hausarbeit im individuellen Familienhaushalt befreien und die jahrhundertealte Unterdrückung der Frauen beenden. Seit den Tagen von Marx und Engels haben die RevolutionärInnen erkannt, dass diese Ziele untrennbar miteinander verbunden sind:

„Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder

*uneheliche“.*³

Demzufolge müssen die revolutionären Ziele von Anfang an anerkannt und hervorgehoben werden und dürfen nicht hinter verwirrender populistischer Rhetorik oder in der Rede von Bündnissen unterdrückter Schichten

oder „Identitäten“ versteckt werden, von denen jede über ihre eigenen, nicht miteinander verbundenen Ideologien, Tagesordnungen und bereits bestehende

Führungen und Organisationen verfügt. Für antikapitalistische Frauen muss der

Ausgangspunkt die proletarische Frauenbewegung sein, an der Frauen sowohl als

Produktionsarbeiterinnen wie auch als Dienstleisterinnen im Haushalt teilnehmen. Als die Hauptorganisatorinnen im Bereich des Konsums, der Kinderbetreuung und der Bildung spüren Frauen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise am unmittelbarsten. Es ist kein Zufall, dass sich in jedem großen Klassenkampf, der die engen Grenzen eines Tarifstreits überschreitet, Frauen organisiert haben.

Der Zweck der proletarischen, im Gegensatz zu einer kleinbürgerlichen Frauenbewegung, liegt darin, Frauen in den Kampf für den Sturz des Kapitalismus zu ziehen, basierend auf einer Strategie für die revolutionäre

Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse. Ihre Aufgabe ist es, politische Forderungen zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung zu

formulieren, die in jedem gesellschaftlichen Kampf auftauchen, der nach dem Prinzip handelt: kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung, keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus!

Endnoten:

¹ Engels, Friedrich: Die Entwicklung des

Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, Berlin/O. 1974, S. 210

² Lenin, W. I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, LW 5, Berlin/O. 1955, S. 413

³ Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, Berlin/O. 1975, S. 77

Was hilft Satire?

Emilia
Sommer

Jan
Böhmermann, DIE PARTEI und heute-show – uns allen ein Begriff und entspannte Polit-Unterhaltung. Sie alle versuchen mit Hilfe von Satire das tagespolitische Geschehen zu kommentieren und haben damit großen Erfolg. Doch was genau ist Satire und hilft sie uns im politischen Kampf?

Bei
Satire handelt es sich um eine Kunstform, welche durch Spott, Ironie oder Übertreibungen Kritik übt, die gerade bei Jugendlichen sehr gut ankommt. Beispiele dafür lassen sich zuhauf im Programm der Partei „DIE PARTEI“ finden. So fordern sie beispielsweise, dass Managergehälter an BH-Größen gekoppelt werden oder eine Obergrenze für Geflüchtete jedes Jahr neu definiert wird, bei der Deutschland nicht mehr Geflüchtete als das Mittelmeer aufnehmen darf. Sie nehmen also realpolitische Probleme auf die Schippe, wie in diesem Falle die ungleiche Bezahlung von Männern* und Frauen* oder die aktuelle

Flüchtlingspolitik.

Also werden einem die Probleme des oft tristen und vielleicht auch beängstigenden politischen Geschehens auf amüsante, unterhaltende und provokante Art und Weise nähergebracht oder durch die Entbindung von der biedereren Politikultur Themen ganz anders angegangen und wichtige Aufklärungsarbeit geleistet, doch wir brauchen mehr. Zwar kann sie gut die Widersprüche des Kapitalismus aufzeigen oder den Rassismus der AfD entlarven und durch ihr breites Publikum viele Menschen oberflächlich politisieren, hat aber selten den Anspruch, darüber hinaus etwas aufbauen. Sie kann dadurch diese Probleme auch nicht wirksam bekämpfen und wirken oftmals wie ein bloßes Ventil. Um die Probleme anzugehen, müssen wir uns organisieren und sie mit Hilfe eines ernsthaften Programms bekämpfen. Wir müssen eine politische Perspektive bieten und allen Menschen, vor allem Arbeiter_Innen, die Möglichkeit geben, politisches Geschehen zu verstehen und daran mitzuwirken.